

der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 3/2017



Entschädigung im internationalen Vergleich
Der Umgang mit psychischen Störungen
Volker Höffer im Interview

Gegründet 1991 vom BSV-Landesverband Berlin

Inhalt

Aktuell

- 3 Re-Import aus China
Internationales Verbrechen
Teilnahme verboten
Kommentar

Recht

- 4 Recht auf Wiedergutmachung

International

- 5 Resolution
Ängste und Verlockungen

Thema

- 6 ...weil wir die besseren Nerven haben

Interview

- 8 Eine generelle Diktaturvorsorge bleibt abzuwarten

Dokumentiert

- 9 Rechtspositionen wieder herstellen
Kein Spießbrutenlauf durch Instanzen

Betrachtungen

- 10 Der gebändigte Leviathan

Verbände

- 12 28. Bautzen-Forum
Bautzen-Treffen
Fünfeichen
- 13 Leserbrief
- 14 Beratungstage 2017
Ketschendorf
Noch lieferbar
- 15 Spendenaufruf
- 16 Abschied

Service/Bücher

- 17 Ost-Berlin
Buchtip
- 18 Wirklich zwangsvereinigt?

Service/Veranstaltungen

- 17–19

Umschlagbild

Innerhalb des Projektes „Ohne Wurzeln, keine Flügel“ des Menschenrechtszentrums Cottbus haben junge Frauen mit Ausbesserungsarbeiten die ca. 320 Suchanzeigen in der Dauerausstellung „Zwangsadoptionen“ wieder hergestellt.

Foto: Hana Hlášková

Editorial

Wie können wir unsere Interessen wirksam vertreten?

Liebe Freunde, liebe Mitstreiter,

eines unserer Probleme neben unserer Betroffenheit ist, daß wir oftmals Schwierigkeiten haben, unsere Anliegen in der Öffentlichkeit darzustellen. Wir alle kennen die Erfahrung: Wenn wir unsere Schicksale jemandem vortragen können, der zuhört und auch bereit und in der Lage ist zu helfen, dann finden wir viel Verständnis. Aber es sind zu wenige, die uns Gehör schenken. Und da wir in einer Zeit leben, in der Talkshows grundsätzlich nur die Themen behandeln, die Quoten bringen, müssen wir einsehen, daß unsere Themen eben nicht quotentauglich sind. Das darf aber keinesfalls dazu führen, daß wir aufgeben oder daß wir unsere Bemühungen einstellen.

Ich habe keinen Plan, für dessen Erfolg ich mich verbürgen könnte. Aber ich halte es für wichtig, daß jede einzelne Betroffenengruppe in Kleinarbeit in ihrer Region Informationen anbietet. Dafür geschieht schon viel, und hier möchte ich die letzte Veranstaltung, die ich in Wismar besucht habe, positiv hervorheben. Sie hat sich mit dem Schicksal von Zwangsadoptierten beschäftigt, war gut besucht, in einem tollen Rahmen, und es wurde vor Ort berichtet. Auch die Initiative „Kindergefängnis Bad Freienwalde“ in Brandenburg ist regional mit voller Aufmerksamkeit von der Landespolitik aufgenommen worden. Davon brauchen wir mehr.

Es gibt aus meiner Sicht nicht das eine Mittel, das hier wirkt. Ich halte es für das wichtigste, auch vor Ort Politiker und Verwaltungsmitarbeiter anzusprechen, um sie für unsere Sache zu gewinnen. Wir werden natürlich im Vorfeld der Bundestagswahl Wahlprüfsteine versenden, die, anders als in der Vergangenheit, alle Kandidatinnen und Kandidaten

für den Deutschen Bundestag erhalten sollen.

Dazu sind wir auch auf die Mithilfe unserer Mitgliedsverbände und -initiativen angewiesen, die gegebenenfalls bei ihren örtlichen Kandidaten nachhaken sollen. Der übliche Weg ist, daß die Parteizentralen diese Wahlprüfsteine bekommen und sie dann zentral mehr oder weniger beantworten. Unser Anliegen muß es aber sein, die Menschen zu konfrontieren und bestenfalls zu interessieren und zu gewinnen. Deshalb möchte ich Sie bitten, mit diesen Wahlprüfsteinen zu Ihren örtlichen Kandidatinnen und Kandidaten zu gehen, um ihnen deutlich zu machen, daß dies keine anonyme Angelegenheit ist, sondern eine sehr persönliche.

Als UOKG versuchen wir bei wirklich vielen Ereignissen, mit unserer Meinung in der Öffentlichkeit präsent zu sein, was schwierig genug ist. Es gibt Gruppen, wie die Initiative, die sich gegen die Folgen des Rentenüberleitungsgesetzes für DDR-Flüchtlinge und Übersiedler wendet, die auch Demonstrationen durchführen. Ich denke, sich öffentlich zu zeigen, in kleineren oder größeren Aktionen, und Bilder zu produzieren und Nachrichten zu vermitteln, ist immer ein gutes Mittel. Allerdings, und das müssen wir eingestehen, sind wir nicht in der Lage, Tausende von Bürgern für unsere Anliegen auf die Straße zu bringen. Dennoch ist es richtig, denn wer nicht kämpft, hat schon verloren. Auch hier will ich erneut an Sie die Aufforderung richten: Wenn Sie Ideen haben, wie wir effektiver an die Öffentlichkeit treten können, dann lassen Sie es uns wissen.

Mit besten Grüßen
Dieter Dombrowski

Re-Import aus China

Die Volksrepublik China will Trier zum 200. Geburtstag von Karl Marx eine über sechs Meter hohe Statue schenken. Anfang April wurde der Schenkung im Stadtrat endgültig zugestimmt.

Die UOKG hat den Bürgern von Trier geraten, daran zu denken, daß im Namen von Karl Marx Dutzende von Diktaturen errichtet worden seien, die die Freiheit der Bürger mit Füßen getreten haben. Diese Diktaturen hätten Millionen von Menschenleben gefordert.

Die Volksrepublik China verletze jeden Tag Menschenrechte. Dissidenten würden verhaftet, Christen und andere Religionsgemeinschaften verfolgt, die Meinungsfreiheit werde unterdrückt.

Dieter Dombrowski, Bundesvorsitzender der UOKG, sagte dazu: „Wenn die Stadträte von Trier meinen, millionenfache Verbrechen im Namen des Marxismus-Leninismus ehren zu wollen, dann ist das ihr demokratisches Recht. Für die Opfer der Verbrechen, die auf den geistigen Urheber

Karl Marx zurückgehen, ist dieser Vorgang nur als respektlos und menschenverachtend zu bezeichnen. Während kommunistische Vorbilder wie Karl Marx in Deutschland durch das Aufstellen von Standbildern geehrt werden, warten die Opfer des Kommunismus vergeblich auf ein Mahnmal. Das Verhalten des Trierer Stadtrates ist dekadent und abstoßend.“ 

Neue Regelung ab 2017

Fristwahrung beim Einreichen von Förderanträgen

Die Bundesstiftung Aufarbeitung ist bestrebt, ihr Antragsprozedere weiter zu optimieren und an gängige Verfahren anzupassen. Wir möchten Sie deshalb über eine Änderung beim Einreichen von Projekt- und Stipendienanträgen bei der Bundesstiftung Aufarbeitung informieren, die ab dem Jahr 2017 gilt: Für die Fristwahrung beim Einreichen von Projekt- und Stipendienanträgen ist ab sofort der Posteingang bei der Stiftung maßgebend. Ihre Anträge müssen daher bereits bis zum Ablauf der jeweiligen Antragsfrist (30. Juni, 31. Juli bzw. 31. August des Jahres) in der Geschäftsstelle vorliegen. Die fristwahrende Absendung bzw. Abgabe bei einem Post- oder Transportunternehmen (und damit der Poststempel oder ein anderer Einlieferungsbeleg) sind dann für die Einhaltung der Fristen nicht mehr ausreichend. Wir bitten Sie, diese Änderung künftig zu beachten.

Internationales Verbrechen

(nw) Die Plattform für Europäische Erinnerung und Gewissen hat bereits zweimal Schreiben von deutschen Strafermittlern auf ihre umfassende Strafanzeige vom 8. August 2016 wegen der Tötung von Flüchtlingen an der Grenze der ČSSR erhalten. Laut dem deutschen Generalbun-

desanwalt war das Töten von Flüchtlingen ein internationales Verbrechen.

Aus Sicht der Staatsanwaltschaft Weiden legt das Töten von Flüchtlingen auf der Ebene der Verantwortlichen des Grenzschutzes die Annahme von Mord

aus niedrigen Beweggründen nahe. Die Plattform wird der Staatsanwaltschaft Weiden demnächst weitere bisher unbekannte Dokumente über das systematische und planmäßige Eindringen des Geheimdienstes und des Grenzschutzes auf das Territorium der Bundesrepublik Deutschland und Österreichs übermitteln. 

Teilnahme verboten

(fgb) Für den Förderverein der Gedenkstätte Bautzen haben der Ehrenvorsitzende, Dr. h.c. Karl Wilhelm Fricke, und der Vorsitzende, Prof. Dr. Manfred Wilke, erklärt, sie hätten „mit unglaublichem Staunen“ zur Kenntnis genommen, daß die Stiftung Sächsische Gedenkstätten „aus faden-

scheinigen Gründen“ Zeitzeugen, die nach 1989 die Gedenkstätte auf den Weg gebracht haben, eine Veranstaltung im ehemaligen Stasi-Gefängnis verwehre. Ebenfalls kritisiert wurde, daß der Gedenkstätte „zum ersten Mal die Teilnahme am wichtigsten Treffen der Opfer der Bautzener

Gefängnisse, dem im Mai stattfindenden Bautzen-Forum“, verboten worden sei. Ein solcher Bruch dürfe nicht unwidersprochen bleiben. Der Förderverein versicherte dem Bautzen-Komitee, dessen Vorsitzender Alexander Latotzky sich bereits in einem kritischen Brief an den Geschäftsführer der Stiftung, Siegfried Reiprich, gewandt hatte, seine uneingeschränkte Solidarität. 

Kommentar

Neu-Karl-Marx-Stadt

Als nach der friedlichen Revolution, die leider unvollendet blieb, weil die SED nicht verboten wurde, Karl-Marx-Stadt wieder seinen alten Namen Chemnitz erhielt, blieb das wuchtige, einschüchternde, von der SED errichtete Marx-Denkmal erhalten, welches der Volksmund „Nischel“ getauft hatte. Damals konnte sich kaum jemand vorstellen, daß der Marxismus nach wenigen Jahren erneut vom Müllhaufen der Geschichte zurückkehren könnte.

Nun will die kommunistische Partei Chinas in Trier ein großes Denkmal für Karl Marx bauen, anlässlich seines 200. Geburtstages. Der Bundestagsabgeordnete Arnold Vaatz fragte schon ironisch, ob sich die Stadt Trier jetzt in Karl-Marx-Stadt umbenennen möchte. Am 13. März 2017 hat der Stadtrat von Trier der Errichtung des Standbildes zugestimmt.

Was mutet man den Ermordeten und ihren Angehörigen, den politischen Verfolgten und Inhaftierten, die im Namen des Marxismus unterdrückt

und ermordet wurden, eigentlich noch alles zu? Was gäbe es für einen Aufschrei, wenn politische Extremisten für die geistigen Väter des Nationalsozialismus ein Denkmal errichten wollten. Natürlich müßte so etwas verboten werden. Doch die Verbrechen des Kommunismus, die auch durch den Schreibtischtäter Karl Marx ermöglicht wurden, werden verharmlost. Es ist nicht nur eine Beleidigung aller Verfolgten der kommunistischen Diktaturen, sondern auch eine Re-Traumatisierung. Denn in den Verhörräumen der kommunistischen Geheimpolizei hingen und hängen weltweit die Bilder des Mannes aus Trier, auf den diese Stadt nicht stolz sein sollte.

In Schwerin und Guben sind die kommunistischen Standbilder noch nicht abgebaut, so, als hätte es die Revolution von 1989 und den Terror des Kommunismus nie gegeben. Es ist eine Schande, daß Trier nun eine weitere Stadt in diesem Bunde sein will. Wir müssen uns laut und vernehmlich wehren, das sind wir auch den Menschen schuldig, die bis heute unter marxistisch-kommunistischen Diktaturen leiden.

Anton Odenthal

Recht auf Wiedergutmachung

Entschädigungen im internationalen Vergleich

Aber für Trauer gibt es kein natürliches Heilmittel; sie verlangt, was sie nicht hoffen kann, daß die Gesetze des Universums aufgehoben werden sollten; daß die Toten wiederkehren oder daß die Vergangenheit zurückgerufen wird.

Samuel Johnson,
in „The Rambler“, 1750

Im gegenwärtigen internationalen Recht kann man eine Grundlage für den Anspruch auf Entschädigung finden. So wurden z.B. 2005 die UN Basic Principles on the Right to a Remedy and Reparation for Victims of Gross Human Rights Violations (Grundprinzipien für das Recht auf Entschädigung und Wiedergutmachung für

Zu dieser Zeit fand auch eine Diskussion über eine weitreichende Entschädigung statt, die u.a. zu Renten für Angehörige von verschwundenen Personen geführt hat. Die ersten Ersatzansprüche von ehemaligen politischen Häftlingen hatten jedoch begrenzten Erfolg. Dies änderte sich allerdings mit der Übernahme des Präsidentenamts durch Carlos Menem, der ebenfalls ein politischer Häftling gewesen war. Neue Gesetze schrieben eine Kompensation vor, in der Höhe von einem Dreißigstel des Gehalts des höchsten Beamten für jeden Tag zu Unrecht erlittener Haft. Für Gefangene, die während der Haftzeit umgekommen waren, wurde darüber hinaus eine Entschädigung gezahlt, die fünf Jahren Haft entsprach. Für schwere Schäden wurde eine Entschädigung dreieinhalb Jahren Haft entsprechend extra gezahlt. Mit diesen Gesetzen hatte Menem erstens die Intention, durch das Einhalten von internationalem Recht Respekt zu gewinnen, und zweitens, ein Regelwerk einzuführen, das seinen ehemaligen Kollegen, die auch Opfer der Diktatur waren, zugute kommen würde.

Obwohl die Entschädigungen ziemlich großzügig waren und eine hohe Anzahl der Anträge auch Anerkennung fand, ließ der Beschluß, die Entschädigungen hauptsächlich als Staatobligationen auszusahlen, viel zu wünschen übrig. Da Argentinien ein sowohl armer

als auch schwacher Staat war und ist, gab es keine Garantie dafür, daß das Geld wirklich ausgezahlt werden würde. Infolge der Wirtschaftskrise von 2001 wurde die Zahlung von Entschädigungen eingestellt. Der Beschluß wurde 2002 rückgängig gemacht, aber zeigt, wie wenig Verlaß auf die Zahlungsfähigkeit des argentinischen Staates war.

Im Gegensatz zu Argentinien und vielen anderen post-diktatorischen Ländern fällt Spanien dadurch auf, daß es sich lange nicht mit seiner gewalttätigen Geschichte auseinandersetzen wollte. Statt dessen wurde 1977 eine Amnestie für alle politischen Verbrechen bewilligt. Diese Doktrin des Schweigens und des Vergessens hat mehrere Gründe. Die Erinnerungen an

den Bürgerkrieg hatten zu einer Angst vor Konfrontation geführt, wegen der Möglichkeit, erneut solche Aggressionen hervorzurufen. Zudem wurde nach dem Fall der Diktatur ein Militärputsch gefürchtet. Deshalb schien es wichtiger, die Demokratie zu befestigen und die Einheit zu fördern, als frühere Verbrechen zu prüfen. Erst 2002 hat das spanische Parlament offiziell den Francismus verurteilt. Das geschah als Reaktion auf eine starke Bewegung in der Zivilgesellschaft, die in Büchern, Filmen, Ausstellungen und vielem mehr endlich angefangen hatte, sich mit den Erinnerungen an den Bürgerkrieg und die Franco-Ära auseinanderzusetzen.

Dennoch waren Wiedergutmachungen schon zeitig ein Thema. So wurden bereits 1979 Renten und medizinische Unterstützung für Hinterbliebene derer, die im Bürgerkrieg umgekommen waren, eingeführt. Generell muß aber gesagt werden, daß die Wiedergutmachungen unvollständig, langsam und unstrukturiert waren. Durch den Aufschwung des Interesses an Erinnerung und Wiedergutmachung wurde 2007 das Gesetz des historischen Andenkens verabschiedet. Dieses Gesetz verbessert die Lage der Opfergruppen durch erhöhte Kompensationen und eine Möglichkeit zur Rehabilitation, die schon lange eine Forderung verschiedener Organisationen gewesen war. Zum Beispiel sieht das Gesetz einen Schadensersatz in Höhe von 135 000 Euro für Personen vor, die zwischen 1968 und 1977 im Kampf für die Demokratie umgekommen sind. Ehemalige Häftlinge können für drei oder mehr Jahre Haft einen einmaligen Betrag von 6010,10 Euro erhalten. Für jeweils drei weitere volle Jahre werden 1202,02 Euro ausgezahlt. Darüber hinaus kommt u.a. Waisen eine monatliche Rente in Höhe von 132,86 Euro zu.

Trotz seiner Begrenzungen zeigt das Beispiel Argentinien, daß internationales Recht dazu beitragen kann, die Forderungen der Opfer zu legitimieren und eine generelle Erwartung von Wiedergutmachungen herbeizuführen. Dadurch entsteht Druck auf die Staaten, diese Erwartungen auch zu erfüllen. Darüber hinaus kann ersichtlich werden, wie wichtig (politischer) Druck von Opfergruppen und der Gesellschaft ist. Letztlich darf man aber nicht vergessen, daß die Frage der Wiedergutmachungen immer vom Kontext abhängig ist. Realpolitische Überlegungen und die finanzielle Lage des Landes werden immer eine große Rolle spielen.

Rebecka Andersson, Juristin



Die Wunden heilen nur langsam. Einschußlöcher aus dem spanischen Bürgerkrieg an einer Kirchenfassade in Barcelona.

Opfer schwerer Verstöße gegen die Menschenrechte) angenommen. Historisch gibt es jedoch große Unterschiede, wenn es darum geht, ob und in welchem Ausmaß Entschädigungen geleistet werden.

Die Wiedergutmachung für Opfer der Militärdiktatur in Argentinien wird im internationalen Vergleich als herausragend angesehen. Die Aufarbeitung begann in der Mitte der 80er Jahre mit Gesetzen, die verordneten, daß Menschen, die aus politischen Gründen ihre Arbeit verloren hatten, wieder eingestellt werden sollten. Daß diese Gesetze zustande kamen, war hauptsächlich kleinen Gruppen von Betroffenen zu verdanken, die sich dafür eingesetzt hatten – ungeachtet der Einstellung der damaligen Gesellschaft.

Resolution

Vertreten durch die 13 Opferverbände, beschloß die Inter-Asso auf ihrem XXII. Kongreß (21. – 24. Oktober 2016) in Budapest eine Resolution zur Einsetzung eines Internationalen Gerichtshofes für die Verurteilung der Verbrechen des Kommunismus.

Die Internationale Assoziation ehemaliger politischer Gefangener und Opfer des Kommunismus (Inter-Asso), gegründet im Jahr 1998 in Berlin, vereint als gemeinnützige Organisation 13 europäische Opferverbände. Die Inter-Asso fördert, koordiniert und unterstützt diese Opferverbände u.a. in der Dokumentation und Aufarbeitung kommunistischer Verbrechen und in ihren Forderungen nach juristischer und moralischer Rehabilitierung und Entschädigung der Opfer des Kommunismus.

Präambel

Nach dem Ende des Nationalsozialismus im Mai 1945 überstieg die Bilanz der Opfer, die Grausamkeit und Menschenverachtung, die das Regime in zwölf Jahren verursacht und hinterlassen hatte, das Vorstellungsvermögen vieler Menschen. Die alliierten Siegermächte haben bereits im August 1945 einen Internationalen Militärgerichtshof ins Leben gerufen, der sich mit der strafrechtlichen Verantwortung von Hauptkriegsverbrechern und

von verbrecherischen Organisationen des NS-Regimes befaßt hat. Im Ergebnis wurden zwölf Angeklagte zum Tode verurteilt, weitere sieben erhielten lebenslange oder langjährige Haftstrafen.

In weiteren zwölf Nachfolgeprozessen vor US-Militärgerichten in Nürnberg wurden bis 1949 177 Deutsche angeklagt, von denen 142 zum Tode oder zu Haftstrafen verurteilt wurden. Neben diesen Nürnberger Prozessen fanden in allen vier Besatzungszonen Deutschlands weitere Verhandlungen gegen Kriegsverbrecher statt.

Als der Kommunismus zusammenbrach, wurde nach und nach deutlich, daß die Vision von der klassenlosen Gesellschaft Millionen von Toten gekostet hat, nicht nur in Mittel- und Osteuropa, sondern gerade auch in China, der Sowjetunion, Kambodscha, Nord-Korea und in anderen Teilen der Welt. Wissenschaftler schätzen die Zahl auf über 80 Millionen.

Eine strafrechtliche Aufarbeitung durch die Justiz der postkommunistischen Staaten erfolgte nur ganz selten und dann auch meist unzureichend. Ein Internationaler Strafgerichtshof, wie ihn die Alliierten 1945 für die Verbrechen des Nationalsozialismus geschaffen hatten, kam nicht zustande. Der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag, der seit Juli 2002 tätig ist, kann sich schon deshalb nicht mit den Verbrechen des Kommunismus befassen, weil er nur bei Verbrechen

tätig werden kann, die nach dem 1. Juli 2002 begangen wurden.

Die Hauptverantwortlichen blieben deshalb größtenteils unbehelligt, teilweise konnten sie sogar wieder hohe Funktionen in Staat und Verwaltung erreichen.

Mit dieser Situation können wir uns nicht zufriedengeben, weder im Interesse der Opfer, noch im Interesse der historischen Wahrheit. Deshalb haben wir die folgende Resolution beschlossen:

Resolution zur Einsetzung eines Internationalen Gerichtshofes für die Verurteilung der Verbrechen des Kommunismus

Zur Verurteilung der Verbrechen des Nationalsozialismus wurde bereits drei Monate nach Ende des Zweiten Weltkrieges in Nürnberg ein eigener Internationaler Gerichtshof gegründet. Er arbeitete schnell und effektiv.

Für die Verurteilung der Verbrechen des Kommunismus fehlt bis heute, über 25 Jahre nach dem Fall des Kommunismus, ein solcher Gerichtshof. Der Bedarf ist dringend, sonst sind alle Täter verstorben und die Opfer können keine Genugtuung mehr erfahren.

Die Inter-Asso fordert deshalb die schnelle Einsetzung eines solchen Internationalen Gerichtshofes. 

Ängste und Verlockungen

Zu den höchsten Funktionären der (Staats-) Partei, der Armee oder des Regierungsapparates jener „Demokratischen Volksrepublik Korea“ zu gehören, war jahrzehntelang mit den verschiedensten Vorteilen verbunden. Dies hat sich bis heute nicht geändert, doch hinzugekommen ist gerade während der jüngsten Zeit die noch stärkere Angst um das eigene Leben. Nach all dem „Verschwinden“, was meist Exekution bedeutet, des Vize-Präsidenten der Regierung, des bis zuletzt ständigen Begleiters des Diktators und Geheimdienstchefs, nach dem Mord am Halbbruder Kim Jong-uns und einer „Säuberung“ im Ministerium für Staatssicherheit weiß heutzutage niemand, ob er nicht schon morgen das nächste Mordopfer sein wird; ob er wirklich schuldig oder nicht mehr völlig linientreu war, ist dabei belanglos.

In dieser Situation der politischen Elite Nord-Koreas hat Seoul jenen Systemträ-

gern während der ersten Märzwoche ein verführerisches Angebot gemacht: Wer von ihnen über „geheime Informationen“ verfüge und nach Süd-Korea flüchte, würde bis zu einer Milliarde Won (etwa 817 000 Euro) erhalten, wer mit einem Militärflugzeug oder einem Kriegsschiff komme, sogar eine Billion Won. Ziel der Südkoreaner ist natürlich, durch diese Überläufer ihr Wissen über den Norden zu erweitern und weitere Mitglieder der Elite Pjöngjangs zur Flucht zu motivieren. Zugleich sollen dort das gegenseitige Mißtrauen sowie die Verwirrung in der Staatsspitze verstärkt und dadurch das System möglichst gelähmt werden. Daß ein solcher Fluchtversuch aber mit vielen Risiken verbunden ist und ein Scheitern die sichere Todesstrafe bedeutet, werden die Funktionäre allerdings ebenso wissen.

Friedrich-Wilhelm Schlomann

Es ist gesagt worden, daß die Liebe zum Geld die Wurzel alles Bösen sei. Für den Mangel an Geld ist das ebenso wahr.

Samuel Butler

Und ohne Geld kann nicht einmal der Stacheldraht entstehen...

Deshalb: Bitte spenden Sie für den STACHELDRAHT, und werben Sie Spender und Abonnenten.

Für Spenden gibt es kein Limit, und jedes Abo hilft. Das Jahresabonnement mit neun Ausgaben kostet 9,- Euro.

Name und Anschrift an die Redaktion senden, Überweisungen bitte auf das Konto BSV-Förderverein, Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01, BIC DEUT DE DB110, Verwendungszweck „Stacheldraht-Abo“ oder „Stacheldraht-Spende“.

(Für UOKG-Mitglieder besteht keine Zahlungspflicht.)

...weil wir die besseren Nerven haben

Kontinuitäten in der Ablehnung äußerer Ursachen bei psychischen Störungen

(st)Warum leugnen Betroffene eine psychische Störung oft vor sich selbst? Warum verdrängen und verheimlichen Familien die psychische Erkrankung ihrer Verwandten? Warum herrscht in der Begutachtungspraxis eine eher skeptische Einstellung? Warum also fühlen sich psychisch Erkrankte von weiten Teilen der Gesellschaft letztlich stigmatisiert? Ehemalige politische Häftlinge und Verfolgte, die z.B. an einer Posttraumatischen Belastungsstörung (PTBS) leiden, werden sich diese Fragen vielleicht schon gestellt haben. Die genannten Phänomene sind aber nicht erst in der Bundesrepublik entstanden, sie stehen vielmehr in einer langen historischen Kontinuität. Das 20. Jahrhundert mit zwei Weltkriegen, Zwischen- und Nachkriegszeit hat in Deutschland eine zählebige Kultur des Mißtrauens und der Ablehnung hervorgebracht.

Um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert hatte die deutsche Psychiatrie keinen guten Ruf. Die Mediziner versprachen sich Besserung durch nähere staatliche Anbindung, besonders im militärischen Bereich. So schien der Beginn des Ersten Weltkrieges vielen Psychiatern die Chance zu bieten, sich durch exponierte Unterstützung der Kriegsziele zu profilieren. „Im Kriege kann vor dem Einzelwohl das Gesamtwohl, kann vor der Liebe für die Kranken die zum Vaterlande kommen.“ (Friedländer: Nerven- und Geisteskrankheiten, 1914)

Aus dem ersten Weltkrieg überliefert ist bis heute der Begriff der „Kriegszitterer“.

Soldaten erlitten beim Fronteinsatz aufgrund einer noch nie dagewesenen Intensität des Einsatzes kriegsrischer Mittel – Dauerbombardements der Artillerie, Giftgaseinsatz, quälender Stellungskrieg – neurologische Störungen, die zuvor so nicht bekannt gewesen waren. In Beobachtungslazaretten begann man, die betreffenden Kranken zu untersuchen, natürlich mit dem Ziel, sie für den Krieg wieder verwendungsfähig zu machen. Argwohn wurde jenen entgegengebracht, „bei denen ein Mißverhältnis bestand zwischen subjektiven Beschwerden und objektivem Befund, und alle[n] der Übertreibung und Vortäuschung Verdächtigen“. (Wilmanns: Die badischen Lazarette, 1932)

Zur deutschen Propaganda gehörte auch der Satz: „Wir werden siegen, weil wir die besseren Nerven haben.“ Wer nicht dieser Vorstellung entsprach, wurde schon bald mit Verdachtsbegriffen belegt, wie z.B. „Unfall-“, „Zweck-“ oder „Rentenkampfneurose“. „Die Neurose werde, so eine verbreitete Unterstellung, ‚bei gutachtlichen Untersuchungen erheblich aktiviert‘.“ (Leonhard, Die Büchse der Pandora, 2014) Bald wurde klar, daß die Diagnostiker vor der Entscheidung standen, die Ursachen überwiegend bei der Kriegseinwirkung oder bei der psychischen Konstitution des einzelnen Soldaten zu verorten. Auf der sogenannten Kriegstagung der Gesellschaft deutscher Nervenärzte 1916 wurde von den führenden Psychiatern mehrheitlich die Auffassung vertreten, der Grund für die Neurosen läge in der inneren Verfassung der Patienten. Das stellte die Weichen und war wohl auch so gewollt, u.a. damit die Anerkennung von Dienstbeschädigungen nur schwer zu erlangen war. Die rigorosen Ansichten wurden scheinbar durch die Beobachtung untermauert, daß viele Soldaten mit einer sogenannten Schreckneurose diese nach einiger Zeit überwinden. Wem das nicht gelang, dem wurden „typisch hysterisches“ Verhalten und psychische Minderwertigkeit unterstellt.

In der Therapie setzte sich die Vorstellung vom autoritären

Arzt durch, der den „Gesundungswillen“ des Kranken mit teils suggestiven Mitteln stärkte und seine Bemühungen durch Elektroschockbehandlung vervollständigte. „Erzwungene“ Heilung schien möglich. „Letztlich zeigte sich auch hier der Kult des Willens – die Überzeugung, traumatische Erlebnisse und posttraumatische Störungen ließen sich überwinden, wenn man sich dies nur entschieden genug vornehme.“ (Münkler: Der Große Krieg, 2013) Diese fatale Ansicht traf auch in der zivilen Gesellschaft auf fruchtbaren Boden. Das Ideal des Mannes, dem Selbstkontrolle über alles geht und der mit der puren Kraft seines Willens jeden Widerstand überwindet, war nicht erst im Krieg entstanden, es war Bestandteil des Heldenbildes im Kaiserreich.

Entsprechend ausgerichtet waren auch die Direktiven für gutachtliche Entscheidungen. Eine Dienstbeschädigung sollte nur dann anerkannt werden, „wenn der ursächliche Zusammenhang zwischen angeschuldigter Schädigung und Gesundheitsstörung entweder erwiesen oder ausreichend wahrscheinlich gemacht worden ist. Die bloße Möglichkeit eines Zusammenhangs genügt nicht“. (Stier: Rentenversorgung, 1922) Darüber hinaus sahen sich die Fachärzte als Experten ganz allgemein in der Pflicht, den Staat vor möglichen Zahlungen zu bewahren. (Prüll, Rauh Hg.: Krieg und medikale Kultur, 2014)

Allerdings, die Durch-Ideologisierung war in den Jahren 1914 bis 1918 noch nicht so fortgeschritten wie im folgenden Krieg. Wenn auch die meisten führenden Psychiater energisch den Zusammenhang von Kriegseinwirkung und neurotischer Störung leugneten, so hatten viele Frontärzte, nicht zuletzt durch eigenes Erleben, oft eine andere Sicht der Dinge. Die Folge war, daß, je nach behandelndem Arzt, in den frontnahen Lazaretten auch weniger drastische Therapiemethoden angewandt und Kriegsdienstbeschädigungen anerkannt wurden.

Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges mußte die Weimarer Republik ein schweres Erbe antreten. Millionen Kriegstote waren zu beklagen, noch mehr Versehrte zu versorgen. Das ausgeblutete Land wurde zu enormen Reparationen verpflichtet, und die Bevölkerung ha-



Traumatische Erlebnisse in der Schlacht um Verdun beim Angriff deutscher Infanteristen auf die Höhe Toten Mann im März 1916.

Foto: Hermann Rex

derte mit der Niederlage Deutschlands. „Unterfüttert von der durch Ludendorff im September 1918 propagierten ‚Dolchstoßlegende‘ war es für führende Köpfe der deutschen Medizin nicht nur [...] die Heimat selbst, die der Armee in den Rücken gefallen war, sondern die zahlreichen ‚Simulanten‘, ‚Drückeberger‘ und ‚minderwertigen Elemente‘ unter den Soldaten, die schon während des Krieges zu Patienten geworden waren, die Kampfkraft unterminiert hatten und jetzt ungeniert Rentenforderungen stellten.“ (Ebd.) Kurz, die Neurotiker waren schuld an der Niederlage. Weil nach Meinung der führenden Psychiater die Kriegsneurosen willensabhängig waren, sollten den Betroffenen auch keine Rentenansprüche zuerkannt werden. Die Schilderungen konkreter Kriegsergebnisse als Auslöser taten viele Mediziner als „Rentenwunschkonstruktionen“ ab.

Dem gegenüber gewährte der neue Staat jedoch den psychisch erkrankten Kriegsteilnehmern überwiegend eine staatliche Versorgung. Hervorzuheben ist, daß sich diese Gruppe der Veteranen organisiert hatte. Neben finanziellen Forderungen „bestand bei ihnen eine Einigkeit im Wunsch nach Anerkennung des Leidens im Sinne einer Ehrbezeugung, die nicht zuletzt auch symbolisch den Dank für den Dienst am Vaterland ausdrücken sollte.“ (Ebd.) Dieses Ziel erreichten sie nicht in der Weimarer Republik und schon gar nicht unter NS-Herrschaft.

Der aus dem Krieg resultierende, bestimmende Ansatz der Militärpsychiater, psychisch Versehrten mangelnden Willen und eine „minderwertige“ Konstitution zu unterstellen, griff spätestens in den Zwischenkriegsjahren auch auf den zivilen Sektor der Medizin über und führte zu „Euthanasie“-Debatten, die den NS-Vernichtungsprogrammen „unwerten Lebens“ den Boden bereiteten. In ihrem Rahmen wurden später auch 4000 bis 5000 psychisch kranke Veteranen des Ersten Weltkrieges umgebracht. (Wikipedia, Kriegszitterer, 2.10.2014) Ab 1934 wurde den psychisch Kriegsversehrten durch ein neues Versorgungsgesetz konsequent die Entschädigung versagt. Ihre Situation verschlechterte sich noch einmal deutlich.

Mit der vollständigen Ideologisierung aller Bevölkerungsschichten unterschied sich der Zweite Weltkrieg insofern vom Ersten, als der Ermessensspielraum der Frontärzte nun wegfiel. Entlassung der

Erkrankten sollte tunlichst vermieden werden. Die Therapie mit Elektroschocks wurde erweitert auf Insulinbehandlung, Cardiazolschocks und Malariaprovakationen. Der Umgang mit psychisch kranken Soldaten radikalisierte sich. „Psychopathen“-Richtlinien gaben vor, psychogenen Störungen möglichst keine Anerkennung zu zollen, sie würden so nur verschlimmert. „Wem es an ‚Gesundungswillen‘ mangelte, wobei nur selten nach den Ursachen dieses mangelnden ‚Willens‘ gefragt wurde, der war als ‚Schlechtwilliger‘ daher eher disziplinarisch als medizinisch zu behandeln.“ (Prüll, Rauh Hg.: Krieg und medikale Kultur, 2014)

Die Androhung scharfer disziplinarischer Maßnahmen bis hin zur Deportation in ein Konzentrationslager hatte in der Kriegsstatistik einen Rückgang psychisch Versehrter zur Folge. Dies bot den führenden Psychiatern in den ersten Nachkriegsjahren die Möglichkeit, ihre Lehrmeinungen und Vorgehensweisen als Erfolg darzustellen. „Der Glaube an die nahezu unbegrenzte psychische Belastungsfähigkeit des (erb)gesunden Individuums war auch nach Kriegsende ungebrochen.“ (Ebd.) Die grundsätzliche Anerkennung äußerer Ursachen, wie Kriegseinwirkungen oder andere traumatische Erlebnisse, war also zunächst nicht abzusehen.

Erst im Oktober 1973 legte eine im Auftrag der Bundesregierung eingesetzte Sachverständigenkommission ihren Zwischenbericht zur Lage der Psychiatrie in der Bundesrepublik vor. Er zeigte schwerwiegende Mängel bei der Versorgung psychisch Kranker auf. (Deutscher Bundestag, Drucksache 7/1124, 19.10.1973) Mit Beginn der 1980er Jahre begannen sich neue psychologische und psychotherapeutische Ansätze durchzusetzen, die auf Erfahrungen aus dem Korea- und Vietnamkrieg basierten. Im Jahr 2000 präsentierte die Bundeswehr ein Konzept, in dem sie erstmals anerkannte, daß eine psychische Streßreaktion eine normale Reaktion auf ein nicht normales Ereignis sei.

Philipp Rauh schreibt in einer Studie (in: Prüll, Rauh Hg., Krieg und medikale Kultur, 2014), der Blick auf die aktuelle Versorgungssituation der seelisch erkrankten Afghanistan-Veteranen bringe einen bemerkenswerten Befund zutage. So sei in den bisher wegen PTBS durchgeführten Verfahren bei weniger als



Foto: BA Bild 183-R05148/ unbekannt/CC-BY-SA3.0

Vom Grauen gezeichnet: Deutscher Sturmtruppsoldat an der Westfront Ende 1916.



Foto: Frank Hurley

Der Chateau-Wald bei Ypern 1917 – zerstörte Natur und geschädigte Menschen.

einem Drittel der Soldaten eine Wehrdienstbeschädigung anerkannt. Die hohe Zahl der abgelehnten Fälle sei vor allem auf die Weigerung der Gutachter zurückzuführen, eine Kausalität zwischen Kampfeinsatz und der Entstehung der psychischen Erkrankung anzuerkennen, besonders dann, wenn die Symptome in einem größeren zeitlichen Abstand zum Einsatz auftraten.

2011 wurde dann das „Einsatzversorgungsverbesserungsgesetz“ vom Deutschen Bundestag verabschiedet, das die Rechte der kriegsversehrten deutschen Soldaten stärken sollte. Ein endgültiger Mentalitätswandel in der gesamten Gesellschaft scheint aber noch in weiter Ferne.

(Literatur: Livia Prüll, Philipp Rauh Hg., Krieg und medikale Kultur. Patientenschicksale und ärztliches Handeln in der Zeit der Weltkriege 1914–1945, Wallstein-Verlag, Göttingen 2014)

Eine generelle Diktaturvorsorge bleibt abzuwarten

Gespräch mit Dr. Volker Höffer, dem Rostocker Außenstellenleiter der Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen



Foto: privat

Volker Höffer: Das Besondere ist, Menschen auch helfen zu können.

Stacheldraht: Herr Dr. Höffer, Sie sind Außenstellenleiter der Behörde des BStU in Rostock. Wie kamen Sie zu Ihrer Tätigkeit?

Höffer: Ich hatte immer Schwierigkeiten mit dem, was die DDR als Diktatur ausmachte. Insofern wollte ich für mich persönlich Aufarbeitung. Aber ich wollte auch als Historiker eine geschichtliche und gesellschaftliche Aufarbeitung. Ich habe mich 1991 beworben und wurde eingestellt.

Stacheldraht: Wie war Anfang der 90er Jahre die Stimmung in der Behörde und bei Ihnen?

Höffer: Die Stimmung war ganz klar Euphorie, an etwas weltgeschichtlich Wichtigem mitzuwirken. Es war ein Gefühl des überrollt Werdens von zwei Dingen: von dem riesigen Bürgerinteresse und von dem, was wir mit jeder Akte, mit jedem Schicksal erfahren haben, wie tiefgehend mit der Überwachung die Ausspähung und Repression gegenüber der Bevölkerung waren. Einer der ersten Eindrücke damals war auch, was für ein pathologisches Mißtrauen gegenüber der Bevölkerung vorhanden gewesen ist.

Stacheldraht: Sie sind seit 1992 Mitarbeiter der Stasiunterlagenbehörde. Stumpft man auch ab über die Jahre oder haben Sie sich Ihren Anfangsenthusiasmus erhalten können?

Höffer: Wir sind professioneller geworden im Verstehen, wie die Stasi gearbeitet hat. Aber gegenüber den Menschen und den Schicksalen sind wir nicht abgestumpft. Wir haben uns die Empathie gegenüber den Menschen und den Schicksalen erhalten. Das Besondere der Tätigkeit ist ja, Menschen auch helfen zu können.

Stacheldraht: 2009 haben Sie die Leitung der Rostocker Außenstelle übernommen. Wenn Sie den Zeitraum seit 1992 betrachten, wie hat sich die Arbeit in diesen Jahren verändert?

Höffer: Was sich bis heute erhalten hat, ist das große Interesse der Bevölkerung. Allerdings, und da kommen wir zur Frage des Wandels, das Interesse an der Akteneinsicht nimmt aus demographischen Gründen ab, das Medieninteresse bleibt stabil und das Forschungsinteresse hat zugenommen.

Stacheldraht: Hat die Aufarbeitung des BStU etwas bewirken können in Bezug auf die Wahrnehmung der DDR-Vergangenheit in den Köpfen der Menschen?

Höffer: Einerseits ist es ein Verdienst der Auseinandersetzung mit dem Erbe der Stasi, daß vieles herausgekommen ist, was die DDR als Diktatur qualifiziert hat. Andererseits aber ist ein großes Manko geblieben, daß sich vieles zu sehr auf das Stasi-Thema fokussiert hat. Damit sind die eigentlichen Taktgeber, die SED-Verantwortlichen der Diktatur, im Hintergrund geblieben. Sie konnten sich aus der Diktatur davonschleichen in die heutige Zeit. Der politische Weg war für diese Leute versperrt, auch in der öffentlichen Verwaltung. Deswegen haben sie sich auf den privatwirtschaftlichen Bereich verlegt. Was das Stasiunterlagengesetz angeht: Es ging bei der Schaffung dieses Gesetzes ja nicht nur darum, die DDR im Grunde aufzuklären, sondern auch um eine generelle Diktaturvorsorge. Ob der letztgenannte Aspekt wirklich erfolgreich und langanhaltend wirkt, bleibt abzuwarten und steht in Frage. Was zu kurz gekommen ist in der regionalen Aufarbeitung ist, was die Rostocker Staatssicherheit in Richtung Westen, vor allem in Richtung Hamburg unternommen hat. Das ist ein wichtiges Feld, um die

deutsch-deutsche Geschichte zu verstehen und auch das aktuelle Geschehen. Das muß ein Schwerpunkt der nächsten Jahre sein.

Stacheldraht: Gibt es bezüglich dieser Verbindungen der Stasi in den Westen, nach Hamburg schon konkrete Forschungsprojekte?

Höffer: Also Forschungsprojekte gibt es in der Tat, von externen Forschern, insbesondere eben auch von Hamburger Einrichtungen. Da geht es z.B. insbesondere um das Feld wirtschaftlicher Verbindungen von Hamburgern in den ehemaligen Bezirk Rostock und umgekehrt. Die Verbindungen von Rostockern nach Hamburg betrafen z.B. den maritimen Bereich.

Stacheldraht: Welche Schwerpunkte setzt Ihre Außenstelle in der aktuellen Arbeit?

Höffer: Die private Akteneinsicht, die Anträge von Medien und Forschern, der Erhalt der Akten und die immer bessere inhaltliche Durchdringung und schließlich natürlich die Bildungsarbeit.

Stacheldraht: Wird es die bisherigen Verwaltungsstrukturen in der Behörde weitergeben oder gibt es Veränderungen?

Höffer: Da verweise ich auf den Beschluß des Bundestages bezüglich der Zukunft des BStU. Der Bundestag hat den Bundesbeauftragten und das Bundesarchiv beauftragt, ein Konzept für die zukünftige Entwicklung vorzulegen.

Stacheldraht: Bei der Rostocker Dokumentationsstätte in der ehemaligen Untersuchungsanstalt der Stasi gibt es Veränderungen. Was genau passiert da?

Höffer: Ab Sommer 2017 wird die Gedenkstätte grundsaniert und restauriert. Sie bleibt daher für etwa ein Jahr geschlossen. Die Gesamtinvestition für die Sanierung beläuft sich auf ca. 3,6 Millionen Euro.

Stacheldraht: Vielen Dank für das Gespräch.

(Das Gespräch führte Jörg Plath.)

„HHG außer Kraft“

Zu den Beiträgen in Ausg. 6/2015 und 9/2016

An dieser Stelle noch einmal der Hinweis: Das HHG ist nur außer Kraft für Personen, die nach dem Zweiten Weltkrieg außerhalb des Gebietes SBZ/DDR in Gewahrsam geraten sind und Leistungen nach § 18 HHG erhielten.

Für alle anderen ehemaligen politischen Häftlinge der SBZ/DDR bzw. deren Hinterbliebene, die im Besitz einer Bescheinigung nach § 10(4) HHG und/oder einer strafrechtlichen Rehabilitation für sich selber oder für ihre verstorbenen Angehörigen sind, ändert sich nichts. Es können wie bisher jährlich die Anträge bei der Stiftung in Bonn gestellt werden.

Elke Weise, Juristin, Tel. (030) 55 49 63 34

Rechtspositionen wieder herstellen

Resolution der Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge und der VOS an den Bundespräsidenten Norbert Lamert und die Abgeordneten des 18. Deutschen Bundestages

Die „Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge e.V.“ vertritt die Generation „Flucht-Ausreise-Freikauf“ (ehemalige DDR-Flüchtlinge). Die Generation „Flucht-Ausreise-Freikauf“ ist die Vorhut der Bürgerbewegung der DDR und war, als der Beitritt der DDR vollzogen wurde, im Geltungsbereich des Grundgesetzes ansässig. Die Generation „Flucht-Ausreise-Freikauf“ hatte nachweislich nicht zur Verhandlungsmasse bei der Gesetzgebung zum Beitritt der DDR gehört. Die Gesetzgebung zum Beitritt der DDR wirkte nach dem Willen des 12. Bundestages ausschließlich in den Rechtsraum der beigetretenen DDR.

Der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland hatte für die ehemaligen DDR-Flüchtlinge böse Folgen, die in den Gesetzen zum Beitritt der DDR nicht angelegt sind.

Die mit ihrer einstigen Eingliederung in den Rechtsraum der alten Bundesrepublik begründeten Rechte sind durch einen willkürlichen rückwirkenden Eingriff der Exekutive in das Gesetz zur Rentenüberleitung (RÜG) gelöscht worden. Weder der Gesetzgeber noch die politische Öffentlichkeit noch die Betroffenen selbst sind informiert worden.

Der rückwirkende Eingriff in das RÜG hintertreibt den ausdrücklichen Willen des ersten gesamtdeutschen Bundestages sowie der ersten gesamtdeutschen Bundesregierung.

Wir fordern:

1. Die vom Gesetzgeber nicht legitimierte Einbeziehung der ehemaligen DDR-Flüchtlinge in die Wirkmechanismen des RÜG muß rückabgewickelt werden.
2. Die bei der Eingliederung der ehemaligen DDR-Flüchtlinge nach geltendem deutschem Recht begründeten Rechtspositionen sind wiederherzustellen.
3. Da die von 2006 bis 2015 dauernde Behandlung der Mehrfachpetition Pet. 3-16-11-8222-015348 unter ei-

ner grundsätzlich falschen Voraussetzung stattgefunden und damit unter einem erheblichen Mangel gelitten hat, ist eine nochmalige Behandlung des Themas „DDR-Altübersiedler und deren vom Gesetzgeber nicht legitimierte Einbeziehung in die Gesetzgebung zum Beitritt der DDR“ durch den Bundestag unbedingt erforderlich.

4. Der Bundestag ist aufgefordert, der seit 2015 auf dem Tisch des Bundestages liegenden Forderung nach Neubefassung (Pet. 3-18-11-8222-020228) nachzukommen.
5. Die „Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge e.V.“ als Vertreterin der Generation „Flucht-Ausreise-Freikauf“ fordert den Bundestag auf, Vertreter des Vorstands der IEDF anzuhören und bei der Bearbeitung hinzuzuziehen.

(Die Resolution mit einer Unterschriftenliste wurde am 21.3.2017 während einer Demonstration dem Vorsitzenden des Menschenrechtsausschusses des Bundestages, Prof. Dr. Matthias Zimmer, CDU, offiziell übergeben. Ein Bericht über die Demonstration folgt in der nächsten Ausgabe.) 

Kein Spießbrutenlauf durch Instanzen

Forderungen der Gruppe für Gerechtigkeit von SED-Opfern (Initiative)

Anläßlich des Bundestagswahlkampfes 2017 gerichtet an die Bundesvorstände der Parteien und die Bundestagsfraktionen

Die Gruppe für Gerechtigkeit von SED-Opfern setzt sich für eine deutliche Besserstellung aller Opfer des DDR-Unrechtsstaates ein.

Welche Maßnahmen haben Sie in Ihren Wahlprogrammen für die Bundestagswahl 2017 verankert, um eine deutliche Verbesserung für SED-Opfer zu erreichen?

Wir werden in diesem Jahr 27 Jahre deutsche Einheit feiern, den mutigen Opfern der politischen Repressionen des DDR-Regimes bleibt aber eine angemessene, gesellschaftliche und auch finanzielle Würdigung vom wiedervereinigten Deutschland bis zum heutigen Tage versagt! Die bisherigen Leistungen sind der sogenannte „Ausfluß der Sozialgesetzgebung“, die Rente wird nur sozial bedürftigen Opfern des Regimes gewährt. Das ist keine angemessene Entschädigung. [...]

Wir bitten und fordern Sie auf:

Die monatliche Ehrenpension soll auf 750.– Euro angepaßt und die Bedürftigkeit für den Erhalt der Ehrenpension mit sofortiger Wirkung abgeschafft werden. Gesundheitsschäden durch die Haftzeit müssen unbürokratisch anerkannt werden. Ein jahrelanger Spießbrutenlauf durch die Instanzen muß abgeschafft werden. Alles andere ist eine Fortsetzung von Unrecht!

Das Leugnen von SED-Unrecht sowie das Zeigen von DDR-Symbolen oder das Verherrlichen der DDR-Diktatur ist unter Strafe zu stellen.

Die Bundesrepublik Deutschland verleiht jedem anerkannten ehemaligen politischen Häftling und Opfer einen eigens neu dafür geschaffenen Orden für Tapferkeit und Patriotismus im Rahmen der deutschen Wiedervereinigung. Diese Auszeichnung soll den schwerstbetroffenen Opfern des SED-Regimes eine besondere und herausragende gesellschaftliche Stellung geben.

Strafvollzugseinrichtungen der ehemaligen DDR, die mit politischen Häftlingen

des SED-Regimes betrieben wurden, sind als Gedenkstätten so auszubauen, daß die nachfolgenden Generationen sich anschaulich ansehen können, was dort passiert ist. Zeitzeugen und Initiativen zum Erhalt oder Betreiben der Gedenkstätten von DDR-Unrecht sind so finanziell auszustatten, daß es an nichts fehlt.

Die Lehrpläne in den Schulen Klasse 9 sind so zu gestalten, daß die DDR-Zeit ausführlich und anschaulich aufklärend gestaltet wird. Eine Verklärung der DDR ist nicht weiter hinnehmbar!

Die Strafverfolgung von SED-Tätern (Aufsehern, Gefängnisleitern, Stasi-Offizieren sowie Richtern und Staatsanwälten der ehemaligen DDR, die aus politischen Gründen Andersdenkende verfolgt und hinter Gitter gebracht haben) ist durch die Justizbehörden wieder aufzunehmen, soweit man ihrer habhaft werden kann. Die Anstellung im öffentlichen Dienst oder sonstigen staatlichen Behörden muß ihnen versagt werden!

Mike Mutterlose und Dieter Gollnick

Der gebändigte Leviathan

Vom schwierigen Verhältnis zwischen Freiheit und Sicherheit

Von Jens Nielsen

Das Bild des Leviathans schwankt bekanntlich zwischen übel beleumundetem Untier und Garanten für Sicherheit durch staatliche Ordnungsmacht, aber auch staatliche Übermacht. Nach der Bibel ist

derstrebender und sich bekämpfender Individuen.

Sigurd Blümcke ist emeritierter Universitätsprofessor der Medizin an der Charité und außerdem Künstler, 1950 wegen aktiven Widerstands gegen die DDR-Diktatur mehrere Jahre inhaftiert und anders als seine jugendlichen Mitstreiter mehr durch Zufall dem Tod durch Erschießen entgangen. (Die Gedenkstätte für die acht in Moskau Erschossenen befindet sich auf dem evangelischen Friedhof der Havelinsel Werder.) Er hat zusammen mit seiner Ehefrau Gisela den Versuch unternommen, den Leviathan der Bibel in einem Natursteinmosaik einzubetonieren und somit symbolisch unschädlich zu machen, um jedenfalls für eine Weile das sogenannte Böse, was immer unter dieser Metapher zu verstehen sein mag, wenn schon nicht endgültig zu überwinden, so doch zurückzudrängen.

schaft – keineswegs sofort als erkennbare Inkarnation des Bösen. Das phantasievoll gelegte Mosaik hat ganz im Gegenteil etwas Malerisches und irgendwie auch einen pittoresken Reiz. Der fürsorglich eingehegte Leviathan wirkt eher wie ein als Trophäe sorgsam aufbereitetes Krokodil. Das Tier – nicht Fisch, nicht Schlange und auch nicht Drache – erinnert eher an ein Fabeltier aus ganz fernen Zeiten, von dem man sich nicht vorstellen kann, daß jemals Schauer erregendes Ungemach von ihm ausgegangen sein könnte.

Das den Betrachter schon durch die Farben des Mosaiks inspirierende und seine Phantasie beflügelnde Wesen zeigt einmal mehr, daß Künstler seit jeher eine besondere Affinität zur Darstellung des Bösen haben. Dies beruht ganz einfach darauf, daß sich nun einmal Meeresungeheuer, Drachen, Schlangen, Kobolde und selbst Hexen sehr viel plastischer, interessanter und auch ein bißchen erotischer darstellen lassen, als fromme und meist etwas eintönige Engel bzw. honorige Heilige, bei denen das Hauptaugenmerk eher auf die Versucher gerichtet ist.

Doch hier geht es gar nicht um kunstgeschichtliche Betrachtungen, sondern darum, daß die Künstler ihren Leviathan als Erinnerung an den Mauerfall und den 9. November verstanden wissen wollen. Das Mosaik mit dem gebändigten Leviathan soll ein sichtbares Zeichen dafür sein, daß es den Bürgern der DDR vor mehr als 27 Jahren gelungen ist, das Ende eines Unrechtsstaates ohne Blutvergießen mit friedlichen Mitteln herbeizuführen. Es ist als Hommage an die Bürgerrechtsbewegung der DDR gedacht, deren Mitglieder bei Beginn ihrer aus kleinsten Anfängen entwickelten Aktivitäten die möglichen Risiken für sich noch gar nicht abschätzen konnten.

Leviathan – die Staatsphilosophie

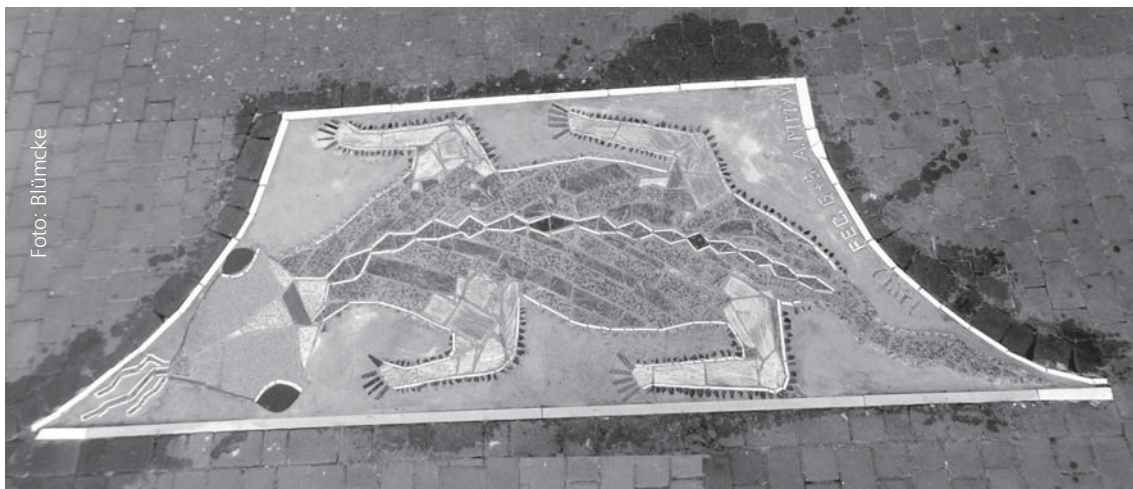
Ursprünglich vom engl. Staatsphilosophen Hobbes, 1588–1679, eingeführte Bezeichnung für den allmächtigen Staat. Die im Anschluß an Hobbes etablierte Begründung des Staates nimmt zunächst einen anarchischen Urzustand der Gesellschaft an, der im Extrem durch einen Krieg aller gegen alle gekennzeichnet ist. Zur Herstellung einer dauerhaften Friedensordnung etablierte sich auf naturrechtlichen Grundlagen durch einen Gesellschaftsvertrag der Staat als Repräsentant der Gesellschaftsmitglieder. Diese übertragen zugleich ihre ursprünglichen Rechte, nach eigenem Ermessen völlig frei zu handeln, an den Staat. Dadurch werde der Staat zum unanfechtbaren Leviathan, einem „sterblichen Gott“ unter dem „unsterblichen Gott“, dem es zufällt, die Menschen notfalls mit Gewalt gegenüber sich selbst und gegenüber anderen Völkern zu beschützen. Aus: Gabler Wirtschaftslexikon

er die Inkarnation des Bösen schlechthin und irgendwie diffuses Synonym für die nicht recht faßbare Bedrohung des Menschen durch dunkle, ihm verborgene, aber real gefühlte Mächte der Finsternis. Das Buch Hiob beschreibt den Leviathan als gräßliches Untier mit steinernem Herz, aus dessen Schlund Fackeln und Funken fahren. Im Gegensatz dazu sehen Philosophen, und wohl zuerst Thomas Hobbes in der gleichnamigen staatsrechtlichen Abhandlung von 1651, den Leviathan als Repräsentanten notwendiger Staatsmacht zwecks Aufrechterhaltung eines gedeihlichen Zusammenlebens sonst auseinander-

Das einfallsreich gestaltete fünf Meter lange und zwei Meter breite farbenfrohe Natursteinmosaik ist in Petershagen bei Minden/Westfalen, Dieckhoff 5, zu besichtigen. Klein und eher versteckt findet sich am Rand des Mosaiks in hebräischer Schrift das Wort „liwjatan“, was „der sich Windende“ bedeutet. Mit der Bibel-Übersetzung wurde aus dem für uns schwer auszusprechenden Begriff der allgemeinverständliche Name Leviathan.

Dem nicht so bibelfesten Betrachter erscheint der eingemauerte Leviathan – eingebettet in eine freundliche Gartenland-

Da liegt er also nun, der böse Leviathan, plattgedrückt wie eine Flunder, und wie es scheint, nicht mehr fähig und niemals fähig gewesen, auch nur einer Fliege etwas zuleide zu tun. Doch die Künstler sind nicht so naiv, nicht zu wissen, daß es gegen den Leviathan der Bibel immer nur Etappensiege, aber keine endgültige Überwindung des Bösen geben kann. Rüdiger Safranski stellt in seiner Abhandlung über



Der eingehegte Leviathan von Gisela und Sigurd Blümcke.

das Böse sicher zu Recht die Frage, ob das Böse vielleicht sogar der Preis für unsere Freiheit ist. Schon der Leipziger Rechtsphilosoph Christian Thomasius (1655–1728), der sich mit seiner Schrift „De crimine magiae“ vehement und im Ergebnis erfolgreich gegen die Vorstellung seiner Zeit wandte, man könne das Böse durch Hexenverbrennungen vertreiben, stellte fest, es gebe zwar das Böse, den Teufel, aber er sei ein geistiges Prinzip, ein Weltprinzip und kein darstellbarer Kobold.

Wenn dem aber so ist und wir es mit einem Weltprinzip, das heißt, mit einem nie endenden Widerstreit zwischen guten und bösen Mächten zu tun haben, dann muß der Feldzug gegen das Böse auf einer geistigen Ebene geführt werden, und selbst die eindrucksvollsten Bilder und Mosaiken können nur Aufruf und Mahnung sein, die richtige Seite zu unterstützen. Es ist hier nicht der Ort, den antiken und christlichen Bewältigungsversuchen des Bösen nachzugehen, ebenso wenig wie den mißlungenen Projekten der Verbesserung des Menschen durch Aufklärung. Hier sei lediglich daran erinnert, daß der Leviathan für die Schaffung der Grundlagen eines geordneten Zusammenlebens sonst auseinanderstrebender Individuen auch eine ganz besondere Rolle gespielt hat, nämlich als Souverän, der über das Land und dessen Bewohner herrscht, die in einen Staatsvertrag eingewilligt haben. Diese Funktion hat der englische Staatsphilosoph Hobbes dem Leviathan in seinem gleichnamigen Buch zugewiesen, in dem er sich mit den Grundlagen eines Staatswesens befaßt. Auf dem Titelbild hält der Leviathan Schwert und Krummstab in den Händen als Zeichen für weltliche und geistliche Macht. Der Untertitel ist ein dem Buch Hiob entnommenes Zitat: Keine Macht auf Erden ist mit der seinen vergleichbar.

Begründung für diese Ausstattung des Staates mit unbeschränkter Macht ist die Aufgabe, die Bürger vor inneren und äußeren Feinden zu schützen, wozu sie allein nicht in der Lage sind. Es geht um die Vermeidung eines Krieges aller gegen alle (*bellum omnium contra omnes*). Zur Erreichung dieses Ziels müssen die Bürger durch Zustimmung zu einem Gesellschaftsvertrag auf eigene Machtausübung verzichten und sich bedingungslos dem durch den Leviathan repräsentierten Staatswillen unterwerfen. Die Notwendigkeit dafür beruht auf der nicht nur von Theologen, sondern auch zahlreichen Philosophen vertretenen Auffassung, wonach der Mensch nicht von vornherein gut ist, sondern entweder von seinen Sünden

erlöst oder jedenfalls bis dahin notfalls durch Furcht vor Strafen in Schranken gehalten werden muß.

Auf dem Hintergrund dieses eher skeptischen Menschenbildes erklären sich die nicht nur von Machiavelli, sondern auch von Luther vertretenen „Staatsvergotungen“, denen, wie Günter Zehm es in seiner Monographie über „Das Böse und die Gerechten“ formuliert, immerhin zugute zu halten ist, „daß sie doch wenigstens eine neutralisierende Funktion in den grausamen Religionskriegen ausgeübt haben und prägend waren für die damalige Epoche, also das 16. und 17. Jahrhundert“. Allerdings läßt sich aus den vielfältigen Begründungen zur Rechtfertigung umfassender Staatsgewalt eine Verbindung herstellen zu totalitären Systemen, die sich nicht leugnen läßt. Dabei ist es nicht damit getan, wie Jörg Sader in seinen kritischen Anmerkungen zu den Tagebüchern von Ernst Jünger anmerkt, wie ein Wissenschaftler im Sinne der Tradition des kalten Auges diese Entwicklung nur emotionslos zu registrieren (vgl. „Im Bauche des Leviathan“. Tagebuch und Maskerade, Anmerkungen zu Ernst Jüngers „Strahlungen“).

Gleichwohl ändert die Ablehnung aller totalitären Staatsformen nichts daran, daß unbegrenzte Freiheit, wie das heutige Weltgeschehen mit seinem Rückfall in religiös motivierte Barbarei durch alle möglichen fanatischen Gruppierungen und Sekten zeigt, nicht nur zur Behinderung vieler einzelner, sondern auch zur Gefährdung ganzer Staaten und ihrer Gesellschaften führen kann. Somit ist der Ruf nicht nach einem totalitären, wohl aber nach einem nachhaltigen Staat nicht ganz so unverständlich, wie es Gutmeinenden mit ihrem Glauben an Gewaltlosigkeit und Toleranz gegenüber Extremisten erscheint. Oder sollten diese Phänomene im Sinne von Rüdiger Safranski tatsächlich der Preis für eine offene Gesellschaft sein?

Doch spätestens hier begibt sich der Verfasser auf ein ebenso schwieriges wie weites Feld, das bereits von Berufeneren ausreichend beackert wird. Er beschränkt sich deshalb auf den eigentlichen Anlaß seiner Anmerkungen, freut sich über das wirklich gelungene Natursteinmosaik, überlegt, wo er es wohl in seinem Garten plazieren würde und registriert mit noch größerer Freude, daß es Landsleute gibt, die sich mit künstlerischem Engagement für Mauerfall und Wiedervereinigung in ansteckender Weise noch richtig begeistern können und diese Ereignisse nicht



Titelblatt von Hobbes' Leviathan. Der Körper besteht aus Menschen, die in den Gesellschaftsvertrag eingewilligt haben.

nur kühl und als selbstverständlich hinnehmen. Da wir in einer Welt leben, in der viele Menschen vor allem in Bildern denken, ist es ein Verdienst der Künstler, bildlich und in faßbarer Weise dargestellt zu haben, daß es immer wieder eine Chance gibt, das sogenannte Böse, wenn auch nicht völlig zu beseitigen, so doch nachhaltig zurückzudrängen.

Leviathan – die Filme

- Der experimentelle Dokumentarfilm „Leviathan“ von Lucien Castaing-Taylor und Véréna Paravel aus dem Jahr 2012 beschäftigt sich mit der industriellen Fischerei und zeigt Vorgänge auf einem amerikanischen Fischerboot.
- Das russische Spielfilmdrama „Leviathan“ von 2014 spielt in seinem Titel auf die Allmacht der russischen Obrigkeit an, bestehend aus Staat, Verwaltung und Kirche, die im Film kritisch beleuchtet wird.
- Der US-amerikanische Horrorfilm „Leviathan“ von Regisseur George Pan Cosmatos aus dem Jahr 1989 spielt auf einem gesunkenen Frachter, der den Namen Leviathan trägt.
- In der SF-Fernsehserie „Farscape“ ist „Moya“, das lebende biochemische Raumschiff, in dessen Innenraum die Besatzung lebt, ein Leviathan.
- In der Fantasy-Serie „Supernatural“ spielen die Leviathane eine wichtige Rolle im Kampf zwischen Gut und Böse.

Quelle: Wikipedia, Leviathan, 30.3.2017

„Jung sein in der DDR“

28. Bautzen-Forum vom 11. bis 12. Mai 2017

Ort: Bautzen, Bautzener Brauhaus,
Thomas-Mann-Str. 7

Donnerstag, 11. Mai

10.00 Uhr: Eröffnung und Grußworte

Matthias Eisel, Friedrich-Ebert-Stiftung,
Landesbüro Sachsen, Alexander Latotzky,
Vorsitzender des Bautzen-Komitees e.V.,
Hanka Kliese (SPD), Mitglied des Säch-
sischen Landtages, Alexander Ahrens,
Oberbürgermeister der Stadt Bautzen

10.45 Uhr: Vortrag und Diskussion
„Jung sein in der DDR – Anpassung,

Mitmachen, Widerstand“, Ref. Dr. Ilko
Sascha Kowalczyk, Projektleiter Bildung
und Forschung beim BStU

12.00 Uhr: Mittagessen

13.30 Uhr: Podiumsgespräch „Kontrol-
lierte Kindheit und Jugend in der DDR“,
mit Regina Schild, Leiterin der BStU Au-
ßenstelle Leipzig, Elke Urban, langjäh-
rige Leiterin des Schulmuseums Leipzig,
Lutz Rathenow, Sächsischer LStU, Dr.
Jens Schöne, Stellv. Berliner LStU, Mod.
Michael Kraske, Journalist und Autor,
Leipzig

15.30 Uhr: Kaffeepause

16.00 Uhr: Buchvorstellung „Das läßt
einen nicht mehr los – Opfer politischer
Gewalt erinnern sich“, mit Dr. Nancy Aris,
Herausgeberin des Buches und Stellv.
Sächsische LStU, Lesung von Lynne Eich-
horst und Ullrich Reuscher, Schauspieler

17.30 Uhr: Ende des ersten Forumtages

18.00 Uhr: Einladung zum Imbiß und
zum anschließenden Konzert ins „Stein-
haus e.V.“, Steinstraße 37 in Bautzen

19.00 Uhr: Konzert mit Stephan Kraw-
czyk, Liedermacher und Schriftsteller

Freitag, 12. Mai

9.00 Uhr: Podium „Kirchliches Jugendle-
ben als Freiraum in der DDR?“ mit Doris
Liebermann, Autorin, Markus Meckel,
Außenminister a.D., Theologe, Christoph
Wonneberger, Pfarrer i.R., Mod. Stefan
Nölke, Journalist, MDR Kultur

10.30 Uhr: Kaffeepause

11.00 Uhr: Zeitzeugenpodium „Junge
Leute im Konflikt mit dem SED-Staat“
mit Dorit Bause, Gotthold Schwert, Hans-
Jürgen Meckert, Mod. Bettina Röder, Re-
dakteurin, Publik-Forum, Berlin

13.00 Uhr: Ende des Forums

Verbindliche Anmeldung bis zum 9. Mai
2017 an: Friedrich-Ebert-Stiftung, Landes-
büro Sachsen, Burgstr. 25, 04109 Leip-
zig, Tel. (03 41) 960 24 31, Fax (03 41)
960 50 91, E-Mail Sachsen@fes.de

Bautzen-Treffen 2017

Am 10. Mai 2017 findet in Bautzen im
Restaurant „Lusatia“, Löbauer Str. 26,
das diesjährige Bautzen-Treffen des Baut-
zen-Komitees statt.

Alle Mitglieder sind herzlich dazu ein-
geladen. Gäste melden sich bitte vor-
her im Büro des Bautzen-Komitees an:
Bautzen-Komitee e.V., Weigangstr. 8a,
02625 Bautzen, Tel. (035 91) 425 21,
Fax (035 91) 3 18 99 29, E-Mail buero@
bautzen-komitee.de

Am Nachmittag um 16.30 Uhr findet in
der Gedenkkapelle auf dem Karnickelberg
ein ökumenischer Gottesdienst mit an-
schließender Kranzniederlegung statt.

Alexander Latotzky

Jahresgedenk- veranstaltung Fünfeichen

Sonntag, 29. April 2017

8.00 Uhr: Gedenkveranstaltung in der
Mensa der Hochschule Neubrandenburg,
Brodaer Str. 2

Gedenkfeier in der Mahn- und Gedenk-
stätte Fünfeichen:

14.00 Uhr: Kranzniederlegung mit
musikalischer Begleitung des Heeres-
musikkorps auf dem Gräberfeld der ver-
storbenen Kriegsgefangenen (zwischen
Glockenturm und Denkmal)

Glockengeläut begleitet auf dem Weg
zum südlichen Gräberfeld der verstor-
benen Internierten des Speziallagers Nr. 9

- Musikalische Eröffnung: Heeresmusik-
korps Neubrandenburg
- Begrüßung: Dr. Rita Lüdtke
- Gedenkansprache: Brigadegeneral
Oliver Kohl, Kommandeur Panzergre-
nadierbrigade 41, Bundeswehr Neu-
brandenburg
- Rezitationen: Schüler des Lessinggym-
nasiums
- Musikstück: Heeresmusikkorps Neu-
brandenburg
- Ökumenische Andacht: Pfarrer Lukas
(katholisch) und Pfarrer von Samson
(evangelisch)
- Kranzniederlegung mit musikalischer
Begleitung des Heeresmusikkorps
- Schlußwort: Dr. Rita Lüdtke

Museum im Stasi-Bunker

Ehemalige Ausweichführungsstelle des Leiters der
Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Leipzig

Flurstück 439, 04827 Machern

Besichtigung des Gesamtgeländes, Führungen durch
den Bunker

Öffnungszeiten:

jeden letzten Sonntag und Sonntag im Monat von
13 bis 16 Uhr

Bürgerkomitee Leipzig e.V.

Tel. (03 41) 961 24 43

Fax (03 41) 961 24 99

Ausstellung

Im Totenwald von Fünfeichen mußten auch Kinder sterben

Massengrab in der DDR aus der Zeit des stalinistischen Terrors entdeckt

Berlin. (dpa) Einmal ist in
der DDR ein Massengrab mit
tausenden Toten entdeckt
worden, das unter der stalinis-
tischen Terrorherrschaft des
sozialistischen Geheimdienstes
NKWD in der damaligen so-
zialistischen Besatzungszone
1942 eine Leiche gefunden
wurde. Die Toten sind Häftlinge
in dem sowjetischen Inter-
nierungslager Fünfeichen ge-
wesen, das am Rande der heuti-
gen DDR-Besatzungszone Neu-
brandenburg lag.
Die damalige sowjetische
Staatssicherheitsbehörde
NKWD hat in dem Massengrab
eine Leiche gefunden, die
nach dem Zweiten Weltkrieg
in der DDR entdeckt wurde.
Die Leiche wurde in der
DDR-Besatzungszone Neu-
brandenburg gefunden.
Die Leiche wurde in der
DDR-Besatzungszone Neu-
brandenburg gefunden.

Russen öffnen Archiv über ihre Sonderlager

Forscher aus Hagen und Jena arbeiten

Die Forscher aus Hagen und Jena arbeiten
an der Aufarbeitung des NKWD-Archivs.
Die Forscher aus Hagen und Jena arbeiten
an der Aufarbeitung des NKWD-Archivs.
Die Forscher aus Hagen und Jena arbeiten
an der Aufarbeitung des NKWD-Archivs.



Am 28. April 2017 wird im Eingangsbereich der Hochschule
Neubrandenburg die Ausstellung „Gegen das Vergessen“
eröffnet. Sie soll einen Einblick geben in die Entwicklung und
Gestaltung der Mahn- und Gedenkstätte Fünfeichen und damit
auch in die Arbeit der Arbeitsgemeinschaft Fünfeichen und der
Stadt Neubrandenburg.

Leserbriefe

Selektierte Quellen

Zum Beitrag „Volkstrauertag in Sachsenhausen“, *Ausg. 1/2017, S. 11*

Die Autoren gehen mit den Quellen für die Zahlen der in den Gräbern der verschiedenen Friedhöfe ruhenden Opfer des sowjetischen Speziallagers in Sachsenhausen ausgesprochen selektiv um, offenbar in der Absicht, die Zahl der Toten in die Höhe zu treiben und die inzwischen vorliegenden Ergebnisse akribischer wissenschaftlicher Forschungen zur Gesamtzahl der Toten in Frage zu stellen. So geben Reinhard Klaus und Hanns Osterloh unter Berufung auf ein 1992 vorgelegtes Gutachten der Heereskundlich-anthropologischen Forschungs- und Untersuchungsstelle Potsdam-Geltow die Zahl der Toten in den Massengräbern

des Friedhofes „An der Düne“ mit 5000 an. Daß die auf Hochrechnungen basierende Zahl lediglich eine Schätzung darstellte, erfährt der Stacheldraht-Leser nicht.

Der aktuelle Forschungsstand zu den Toten des Speziallagers in Sachsenhausen findet sich im 2010 vorgelegten Totenbuch, in dem die Namen von 11 890 Verstorbenen der Speziallager in Weesow und in Sachsenhausen genannt werden. In einem ausführlichen Nachwort werden die Ergebnisse eines mehrjährigen Forschungsprojekts der Gedenkstätte und des Museums Sachsenhausen und des DRK-Suchdienstes zusammengefaßt und – in Abwägung der unterschiedlichen Quellen – erläutert. Entscheidend für die Präzisierung der Zahlen sind

dabei die erst nach den Suchgrabungen in Archiven entdeckten Aussagen des Häftlings Franz Brennicke, die er unmittelbar nach seiner Entlassung 1950 beim „Ostbüro“ der SPD und der „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ machte. Brennicke, jahrelang Mitglied des Beerdigungskommandos, gab an, daß im Massengrab „An der Düne“ etwa 1800 Verstorbene liegen. Andere Quellen bestätigen seine Angaben. Im übrigen ist bislang kein einziger Fall einer im Speziallager Sachsenhausen verstorbenen Person bekanntgeworden, die nicht im Totenbuch zu finden ist. Anders als Klaus und Osterloh nahelegen, gibt es keinerlei begründete Hinweise, die im Totenbuch genannte Zahl von 11 890 Opfern der Speziallager in Weesow und Sachsenhausen in Zweifel zu ziehen.

Dr. Horst Seferens, Pressesprecher der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten

Kommentare, Gesetze und anderes...

Wenn Gesetze kommentiert und erklärt werden müssen, um daraus Entscheidungen abzuleiten, dann kann davon ausgegangen werden, daß es sich um „Gesetzespfusch“ handelt, bei dem die Buchstaben des Gesetzes uneindeutig verwendet worden sind.

Das macht Kommentare irgendwie notwendig, aber es sei ausdrücklich darauf verwiesen: Kommentare kann jeder schreiben. Sie ersetzen niemals das Gesetz!

Kommentatoren (und Gerichte auch) weichen gern und oft auf die themenbezogene Kommentarliteratur aus, um das durchzusetzen, was sie selber nicht erklären können. Was wollte der Gesetzgeber, ist dann die Frage. Der aber hat sich anders ausgedrückt, als er vielleicht wollte, und schon geraten die Dinge aus den Fugen.

Der ein Jahrzehnt, länger oder kürzer, andauernde Kampf gegen die gekürzte Rente der sogenannten DDR-Altübersiedler mag als Beispiel herhalten, bei dem sich die Fragen stellen: Wer hat recht? Wer überzeugt? Wo sind die Lücken, die gefüllt werden müssen und einer Klarstellung bedürfen?

Das beispielsweise forderte das Bundesverfassungsgericht, indem es unter anderem in dem Nichtannahmebeschluß (1 BvR 713/13) ausführte: „Die Begrün-

dung der Verfassungsbeschwerde läßt eine nachvollziehbare Vergleichsgruppenbildung nicht erkennen.“

Eine Antwort zum Sachverhalt der Vergleichsgruppenbildung läßt auch der Artikel „Asymmetrischer Kampf“ im „Stacheldraht“, Ausgabe 1/2017, vermissen. Er ist zwar gut geschrieben, aber eine Aussage zum SGB VI, in dem es drei Gesetze gibt, die nach wie vor die Inhalte des Fremdrentengesetzes fortbestehend sichern und durchaus im Vergleich stehen, finden sich als Tatsache in dem Artikel nicht. Ebenso fehlt die rentenrechtlich relevante Sachlage der Entlassung aus der DDR-Staatsbürgerschaft. Mithin die politische Dimension der Angelegenheit.

Prof. Dr. Merten verwies in seinem Statement bei „Plusminus“ (18.01.2017) diesbezüglich auf den Grundlagenvertrag. Der, das hat Merten zwar nicht gesagt, sich aber in dem späteren sogenannten Teso-Beschluß des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 1987 spiegelt. Dort klärt das Gericht zur Staatszugehörigkeit/Staatsbürgerschaft auf. Und das immerhin macht Einwürfe oder Zitate der Politiker, die Rente betreffend, wie „alle sind mit der Einheit Bundesbürger geworden“, bedeutungslos.

Die politische Dimension der Angelegenheit, festgemacht an dem schlichten Wort „Rente“, hat überzeugende, allumfassende und in den Facetten lückenlose ebenso wie wegweisende Aufklärung verdient.

Christa Ladendorf, Berlin

„Mauern. Gitter. Stacheldraht“ Politische Repression in SBZ und DDR 1945-1990

Eine Plakatausstellung der UOKG

Die Ausstellung gibt den vielfältigen Repressionen in SBZ und DDR Namen und Gesichter. Sie ist eine gute und preiswerte Möglichkeit, um an öffentlichen Orten die Auseinandersetzung mit der kommunistischen Diktatur in Deutschland anzuregen und zu fördern.

Die Ausstellung (die auch als Wanderausstellung im Banner-Format bestellt werden kann) besteht aus 17 Plakaten in der Größe DIN A1. Sie wird für eine Gebühr von 10 Euro plus 10 Euro Porto und Verpackung per Post zugesandt. Auf Wunsch wird für die Eröffnung der Ausstellung ein authentischer Zeitzeugenvortrag vermittelt. Der Kostenanteil dafür beträgt 50 Euro. Die Ausstellung kann bestellt werden bei: UOKG-Geschäftsstelle, Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin, E-Mail Geschaeftsstelle@uokg.de; weitere Informationen in Ausgabe 8/2016 und auf www.uokg.de/wanderausstellung.



Beratungstage 2017

für Betroffene von SED-Unrecht

Auch gut ein Vierteljahrhundert nach dem Mauerfall und der Deutschen Wiedervereinigung leben in Niedersachsen noch zahlreiche Opfer des SED-Regimes. Um möglichst viele Betroffene ortsnahe über bestehende Hilfs- und Leistungsangebote zu informieren, organisiert das Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport – Referat 46 – alljährlich Beratungstage vor Ort.

Die Beratungen werden von fachkompetenten Vertretern der Opferverbände und des Niedersächsischen Netzwerks für SED- und Stasiopfer sowie Fachleuten aus Sachsen-Anhalt unterstützt. Einige der Berater waren selbst Opfer der Diktatur in der DDR.

Die diesjährigen Beratungstage werden stattfinden am:

Dienstag, 23. Mai 2017,
von 10.00 Uhr bis 15.00 Uhr, Landkreis Goslar – Kreishaus, Dienstgebäude Klubgartenstraße 11, Besprechungsraum II. OG (Nord) 247, 38640 Goslar

und

Dienstag, 19. September 2017,
von 10.00 Uhr bis 15.00 Uhr, Landkreis Celle – Kreishaus, Dienstgebäude Trift 26, Eingang B – Raum 8, 29221 Celle
Das Beratungsangebot richtet sich an Menschen, die bis heute in vielfältiger Weise unter verübtem Unrecht durch den SED-Staat leiden.

Es erfolgt eine Beratung zu:

- Anträgen nach den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen (strafrechtliche,

verwaltungsrechtliche, berufliche Rehabilitation)

- monatlicher Zuwendung („Opferrente“)
- Kinderheimen
- Anträgen nach sowjetischer Inhaftierung/Internierung

Zudem besteht die Möglichkeit, Anträge auf Einsichtnahme in die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR gegen Vorlage des Personalausweises zu stellen bzw. sich zur Antragstellung beraten zu lassen. Anträge auf Rehabilitation können noch bis zum 31. Dezember 2019 gestellt werden.

Telefonische Rückfragen sind an den jeweiligen Beratungstagen während der vorgenannten Sprechzeiten unter den Telefonnummern (0 53 21) 76-168 Landkreis Goslar und (0 51 41) 916-1753 Landkreis Celle möglich.

Das Beratungsangebot kann ohne Voranmeldung genutzt werden. Die Räume sind barrierefrei erreichbar. 

Gedenkveranstaltung Ketschendorf

Die Initiative Internierungslager Ketschendorf/Speziallager Nr. 5 e.V. lädt ein zur 28. Gedenkveranstaltung für das sowjetische Internierungslager Ketschendorf.

Am **29. April 2017** um 11.00 Uhr ökumenischer Gottesdienst in der Martin-

Luther-Kirche Fürstenwalde-Süd (Predigt: Superintendent Schürer-Behrmann); um 12.30 Uhr Fortsetzung der Veranstaltung in der Gedenkstätte an der Autobahn.

Am **28. April 2017** um 16.00 Uhr gedenken wir der Toten des Internierungslagers an den Namenstafeln auf dem Waldfriedhof in Halbe. Kostenlose Fahrmöglichkeit nach Halbe und zurück; Hinfahrt ab Bahnhof Fürstenwalde um 14.30 Uhr.

Das Internierungslager Ketschendorf wurde Ende April 1945 von der sowjetischen Besatzungsmacht in der Arbeitersiedlung der Deutschen Kabelwerke, der späteren Reifenwerksiedlung eingerichtet. Mehr als 10 500 Menschen im Alter von 12 bis 72

Jahren wurden hier ohne Schuldfeststellung interniert, von denen 4722 bis zur Auflösung des Lagers im Februar/März 1947 ums Leben kamen. Die Überlebenden wurden bei ihrer Entlassung unter Androhung von Strafe zum Schweigen über das Lager und ihre Erlebnisse verpflichtet.

Seit der Friedlichen Revolution findet zur Erinnerung an das Lager und zum Gedenken der Opfer jährlich eine Gedenkveranstaltung statt.

In diesem Jahr erinnern wir auch an die Auflösung des Lagers vor 70 Jahren, die den Überlebenden nicht die Freiheit brachte.

Weitere Auskunft: Sup. i.R. Eckhard Fichtmüller, Tel. (0160) 94 56 48 72, E-Mail ilaketschendorf@online.de 

Gedenkveranstaltung Malchow Für die Opfer der Malchower Werwolftragödie

Das öffentliche Opfergedenken findet am Freitag, dem 7. Juli 2017, um 11.45 Uhr am Gedenkstein in Malchow, Gartenstraße (vormals „Villa Blanck“) statt.

Horst Vau

Noch lieferbar

Die UOKG hat in den letzten Jahren von ihren Kongressen und wichtigen Veranstaltungen Broschüren herausgebracht. Die folgende Aufstellung beinhaltet Titel, die noch lieferbar sind und über die UOKG-Geschäftsstelle, Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin, E-Mail Selka@uokg.de, kostenfrei erworben werden können.

• **Der Stand der juristischen Aufarbeitung des DDR-Unrechts**
Kongreß „Mission erfüllt? 1990 – Die Rolle von Politik, Medien, Gesellschaft bei der Aufdeckung und dem Umgang mit DDR-Unrecht“ am 16. Oktober 2010 in Berlin; mit Beiträgen von Christoph Schaeffgen, Dr. Hans-Jürgen Grammann

• **Psychiatrie in der DDR**
Podiumsdiskussion am 28. Juni 2011 in

Berlin; Teilnehmer: Dr. Dietrich Koch, Dr. Stefan Trobisch-Lütge, Dr. Jörgen Fuchs u.a.

• **Zwangsausgesiedelte als Opfer von Mauer und deutscher Teilung**

Kongreß am 24. September 2011 in Berlin; Beiträge von Inge Bennewitz, Ernst-Otto Schönemann, Uwe Scholz, Brigitta Kögler, Jörg Hildebrandt, Dr. Gerhard Sälter

- **20 Jahre Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft e.V.** Rückblick und Ausblick Festschrift von Dr. Christian Sachse, Berlin 2012

- **Politische Schauprozesse als Mittel kommunistischer Herrschaftstechnik**

Kongreß am 6. Oktober 2012 in Berlin; Beiträge von Dr. Roger Engelmann, Doris Liebermann, Dr. Peter Moeller, Roland J. Lange

- **Defizite bei Rehabilitation und Entschädigung von SBZ/DDR-Opfern** – Wie können sie beseitigt werden?

Kongreß am 26. Oktober 2013 in Berlin; Beiträge von Brigitta Kögler, Dr. Christian Sachse, Helmuth Wippich, Susanna Lieber, Katrin Behr, Ernst-Otto Schönmann, Dr. Karl-Heinz Bomberg, Diana Blum u.a.

- **„Ein Licht der Hoffnung und des Anstands“** – Formen des Widerstandes und der Opposition: 20. Juli 1944 und Friedliche Revolution 1989 Kongreß am 15. November 2014 in Berlin; Beiträge von Dr. Axel Smend, Horst Schüler, Dr. Ehrhart Neubert, Prof. Dr. Manfred Wilke, Ulrike Poppe, Prof. Dr. Daniela Munkel

- **Verdrängter Terror. Sowjetische Spezial- und Internierungslager in Deutschland.** 70 Jahre danach Kongreß am 10. Oktober 2015 in Berlin; mit Beiträgen von Andreas Weigelt, Eva Ochs, Eberhard Hoffmann, Sybille Krägel, Gerhard Taege, Jörg Morré, Dr. Ricarda Lukas, Dr. Rita Lüdtker, Eckhard Fichtmüller

- **Entrückte Biografien – Politisch angeordneter Kindesentzug im Unrechtsstaat DDR**

Kongreß am 7. November 2015 in Berlin; Beiträge von Benjamin Baumgart, Dr. Christian Sachse, Kathrin Otto, Katrin Behr

- **Wege zu einer verbesserten Begutachtung von Opfern der Haft und Repression während der SED-Diktatur**

Kongreß am 8. Oktober 2016 in Berlin; Beiträge von Prof. Dr. Dr. Theo R. Payk, Dr. Karl-Heinz Bomberg, Stefanie Knorr, Andreas Dietrich

Archiv-Führungen zum Tag der offenen Tür

Öffentliche Führungen durch das Archiv der BStU, Außenstelle Dresden, Riesaer Straße 7, 01129 Dresden, finden jeden letzten Donnerstag im Monat zum Tag der offenen Tür, ab 14.30 Uhr, statt. Gruppenführungen sind nach Voranmeldung jederzeit möglich, Tel. (03 51) 25 08 34 11.

Anträge auf Akteneinsicht können zur Führung gestellt werden. Dazu wird ein Personaldokument benötigt.

Spendenaufruf

Liebe Mitglieder, Freunde und Förderer der UOKG,

vor wenigen Wochen haben wir in einem Festakt das 25. Gründungsjubiläum der UOKG „gefeiert“. Vielleicht ist „feiern“ zuviel gesagt, besser: Es gibt uns seit 25 Jahren.

Weil wir mit den Interessen unserer Opfergruppen noch immer ein Schatten-

dasein führen, sind wir auch auf Sie angewiesen. Bitte helfen Sie mit, unsere gemeinsamen Ziele umzusetzen, indem Sie, wenn es Ihnen möglich ist, die UOKG mit einer Spende zu unterstützen.

Ihr Dieter Dombrowski
Bundesvorsitzender der UOKG

(Eine Spendenbescheinigung für Beiträge über 100 Euro stellt aus: UOKG-Finanzverwaltung, c/o Ewald Ott, Westfalenstraße 26, 53859 Niederkassel. Bitte Adresse angeben!)

Bestätigung über Zuwendungen im Sinne von § 10 b des Einkommensteuergesetzes an eine der in § 5 Abs. 1 Nr. 9 des Körperschaftsteuergesetzes bezeichneten Körperschaften, Personenvereinigungen oder Vermögensmassen. Art der Zuwendung:

Geldzuwendung von _____ € am _____

Es handelt sich nicht um den Verzicht auf Erstattung von Aufwendungen oder um Mitgliedsbeiträge.

Die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. ist durch Freistellungsbescheid des Finanzamts für Körperschaften I in 14052 Berlin vom 8.10.2015 – Steuernummer 27/679/50198 – als gemeinnütziger Verein gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG von der Körperschaftsteuer und § 3 Nr. 6 GStG von der Gewerbesteuer befreit. Es wird bestätigt, daß die Zuwendung nur zur Förderung der Hilfe für politisch, rassistisch und religiös Verfolgte (Abschnitt A, Nr. 7 der Anlage 1 zu § 48 EStDV) verwendet wird.

SEPA-Überweisung/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts

BIC

Für Überweisungen in Deutschland und in andere EU-/EWR-Staaten in Euro.

Angaben zum Zahlungsempfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen, bei maschineller Beschriftung max. 35 Stellen)

U O K G e. V.

IBAN

DE79 1007 0024 0734 2728 00

BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)

DEUTDE33HAN

Betrag: Euro, Cent

Kunden-Referenznummer – Verwendungszweck, ggf. Name und Anschrift des Zahlers

S p e n d e

noch Verwendungszweck (insgesamt max. 2 Zeilen à 27 Stellen, bei maschineller Beschriftung max. 2 Zeilen à 35 Stellen)

Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

IBAN

08

Datum

Unterschrift(en)

Schreibmaschine: normale Schreibweise
Handschrift: Blockschrift in GROSSBUCHSTABEN und dabei Kästchen beachten!

Art.-Nr.: 113 360
423 100

Abschied

Dietrich Hartwig

(hs) Die Gruppe der Workutaner hat wieder einen guten Kameraden verloren: Der 1931 im sächsischen Rammenau geborene Dietrich Hartwig starb nach langer schwerer Krankheit am 1. Februar in Karlsruhe. 1950 begann Dietrich Hartwig ein Physik-Studium an der Universität Leipzig. Die Diktatur in der DDR lehnte er aus tiefster Überzeugung ab. Zusammen mit einigen Freunden begann er sich gegen den kommunistischen Terror zu wehren, u.a. mit der Verteilung von Flugblättern. Als Dietrich Hartwig 1951 zur Universität Dresden wechselte, wurde er verhaftet, dem sowjetischen Geheimdienst übergeben und im Januar 1952 vom sowjetischen Militärtribunal 48240 zu 25 Jahren Lagerhaft verurteilt. Er kam in die Gulag-Strafregion Workuta und war dort bis 1955 im Lager 10 (29. Schacht), in dem 1953 der Aufstand der politischen Häftlinge blutig niedergeschlagen wurde.

Im Dezember 1955 kam Dietrich Hartwig im Ergebnis der harten Verhandlungen, die Bundeskanzler Adenauer in Moskau geführt hatte, frei.

In Karlsruhe nahm Hartwig 1956 das Physik-Studium wieder auf und schloß es 1962 mit dem Diplom ab. Im gleichen Jahr heiratete er, aus der Ehe sind eine Tochter und ein Sohn hervorgegangen. 1971 promovierte Dietrich Hartwig zum Dr. rer. nat. Er arbeitete im Kernforschungszentrum Karlsruhe und wurde 1974 zum finanziellen Projektverantwortlichen für das Bundesministerium für Forschung und Technologie berufen. 1996 erhielt er das Ehrendiplom der Universität Dubna in der Russischen Föderation. Vom Bundespräsidenten wurde er mit dem Bundesverdienstkreuz 1. Klasse geehrt. Bereits 1995 wurde er durch die Militärhauptstaatsanwaltschaft in Moskau rehabilitiert.

Dietrich Hartwig gehörte zum frühen Widerstand in der SBZ/DDR und gilt als einer der Vorkämpfer für ein freiheitliches Deutschland.

Gerda Janson

Das Leben ist begrenzt, aber die Erinnerungen sind grenzenlos.



Gerda Janson 2014.

Vor ihrem 90. Geburtstag ist am 11. Februar 2017 Gerda Janson, geb. Zimmert, geboren in Berlin, in ihrer Wahlheimat Köln nach schwerer Krankheit verstorben.

1949 wurde sie vom sowjetischen Geheimdienst NKWD wegen ihres Freiheitsdrangs und als Verfechterin von Demokratie verhaftet, gefoltert und zu 25 Jahren Arbeitslager verurteilt. Bemerkenswert waren ihre Aktivitäten. Ihren Vater, der im Lager des KGB in Deutschland war, hat sie aufgespürt und den Kontakt zu ihm hergestellt. Als sie dann selbst im Gulag Workuta war, hat sie Kontakte nach Taischet geknüpft und ihren Verlobten gefunden. Im Lager Workuta war sie eine Kameradin, die sich für andere Mithäftlinge eingesetzt hat. Sechs Jahre mußte sie in den Straflagern der Sowjetunion Sklavenarbeit leisten, bevor sie in die Heimat zurückkehren durfte. Ihr Sohn Peter, der bei der Großmutter aufgewachsen war, erkannte nach der langen Zeit seine Mutter nicht wieder.

1956 heiratete sie Gerhard Janson, aus der Ehe gingen zwei Söhne und eine Tochter hervor. 1995 wurde sie durch die Militärstaatsanwaltschaft Moskau rehabilitiert.

Sie war eine starke Frau. Wir trauern um einen Heimgang nach einem arbeitsreichen Leben, das am Ende ein hartnäckiger Kampf gegen die Krankheit war. Wir werden sie immer in guter Erinnerung behalten.

Werner Sperling

„Fahnenflucht in den Westen – Sowjetische Deserteure und ihre deutschen Helferinnen und Helfer“

Ausstellung der Gedenkstätte Leistikowstraße Potsdam über vergessene Fluchtschicksale

Für in Ostdeutschland stationierte Soldaten der Roten Armee gab es viele Gründe für eine Flucht: unmenschliche Bedingungen in der Armee, verbotene Liebesbeziehungen oder Angst vor Deportation in die Heimat. Bei Fluchtversuchen setzten sie ihr Leben aufs Spiel. Wurden sie gefaßt, drohte ihnen die Todesstrafe. Auch auf Fluchthelfer warteten harte Strafen.

Die Ausstellung ist noch bis zum 21. Juni 2017 zu sehen, dienstags bis sonntags von 14 bis 18 Uhr, in der Gedenkstätte Leistikowstraße Potsdam, Leistikowstraße 1, 14469 Potsdam

Veranstaltungen

18.4. (Di), 18.00 Uhr:

„Briefe ohne Unterschrift“. Wie eine BBC-Sendung die DDR herausforderte, Susanne Schädlich stellt ihr Tatsachenbuch vor; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

25.4. (Di), 16.00 Uhr:

Geschichte lesen, Archivführung; 17.00 Uhr: **Westliche Alliierte im DDR-Bezirk Suhl**, Lesung und Gespräch; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Suhl; Ort: Außenstelle Suhl, Weidbergstr. 34, 98527 Suhl

25.4. (Di), 18.00 Uhr:

Arbeit – Arbeiter – Arbeiterklasse. Vom Ende einer historischen Mission, Vortrag v. Prof. Dr. Jürgen Kocka, Freie Universität Berlin, Mod. Prof. Dr. Thomas Lindenberger, ZZP Potsdam; Veranstaltung d. ZZP Potsdam u.a. in der Reihe „Nach dem Ende der Illusion: Was bleibt vom Kommunismus im 21. Jahrhundert?“; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

25.4. (Di), 18.00 Uhr:

Geschichte entschlüsseln. Alte Schriften in den Stasi-Akten, Vortrag u. Führung; Veranstaltung d. BStU; Ort: Ehemalige Stasi-Zentrale, Haus 22, Ruschestr. 103, 10365 Berlin

25.4. (Di), 19.00 Uhr:

Kooperation und Kontrolle. Der lange Arm der Stasi im sozialistischen Ausland, Vortrag und Gespräch mit Dr. Georg Herbstritt, BStU, Mod. Dr. Volker Höffer, BStU; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Rostock, Ort: Dokumentations- und Gedenkstätte in der ehemaligen U-Haft der Stasi in Rostock (DuG), Hermannstr. 34 b, 18055 Rostock

26.4. (Mi), 19.00 Uhr:

Stasi im Kalten Krieg – Spionage, Entführungen und Propaganda, Vortrag v. Prof. Dr. Bernd Stöver, Historiker, Universität Potsdam, Diskussion mit Prof. Dr. Wolfgang Krieger, Historiker, Mitglied der Kommission zur Geschichte des BND, Marburg, Dr. Susanne Muhle, Historikerin, Gedenkstätte Berliner Mauer, Prof. Dr. Daniela Münkel, Historikerin, Projektleiterin beim BStU, Prof. Dr. Bernd Stöver; Veranstaltung d. Berliner BStU u.a. in der Reihe „Was war die Stasi? Funktion, Tätigkeit und Bedeutung“; Ort: DDR-Museum, Besucherzentrum, St.-Wolfgang-Straße, Berlin-Mitte

27.4. (Do), 10.00–18.00 Uhr:

„Wer Nazi war, bestimmen wir. Die SED-Diktatur und die NS-Vergangenheit“, Tagung d. BStU Außenstellen Chemnitz, Dresden u. Leipzig, d. Sächsischen Landeszentrale f. poli-

Ost-Berlin

Leben vor dem Mauerfall

Beim Anblick der Fotos in diesem Buch könnte man in tiefe Depression versinken, gäbe es nicht die gelungenen Texte von Ilko-Sascha Kowalczuk (Einleitung) und Lutz Rathenow. Der Hinterhof Ost-Berlins sieht so aus: Trümmer, Zerfall, Tristesse, Dreck, grau in grau. Harald Hauswald, der Fotograf, und Lutz Rathenow, der Autor, bekämpften ihren Frust darüber auf ihre Weise.

Das „Anarcho-Kollektiv“ reizte die Obrigkeit nach Kräften und hatte seinen Spaß daran. Ständig nervten und provozierten die beiden, stellten auch immer wieder Anträge auf West-Reisen, die meist abgeschmettert wurden. Persönliche Kollateralschäden blieben für sie relativ überschaubar. Und dann wurde ihr „Machwerk“ – dieser Bildband – mit den entlarvenden Fotos auch noch ausgerechnet beim Klassenfeind herausgebracht, 1987! Das Buch hatte zwar zunächst nur mäßigen Erfolg im Westen, im Osten aber erhielt es schon mal das Prädikat „Kult“. Seit dem Mauerfall wurde der Bildband mehrfach neu verlegt.

Exotische Erkenntnis für eine gelernte West-Frau ist, wie man in Ost-Berlin als quasi Undergrounder zu einer Wohnung kommt: Tür einer Bruchbude eintreten, belegen! Zum Beispiel im Prenzlauer Berg, wo es reichlich sanierungsbedürftige Häuser gab. Das war kultig, wenn auch bewußt gesetzeswidrig. Überhaupt, anarchische Gewohnheiten gehörten anscheinend zum täglich Brot gewisser Kreise in Ost-Berlin, z.B. der Gäste unzähliger Destillen, wo Bier und Schnaps in Strömen flossen und vielfältige Probleme im Zigarettenebel erörtert wurden. Die Pinten waren ständig dichtgequalmt und voll bis zum Morgengrauen, wie auch die Gäste, die früh als schwankende Gestalten vorübergehend nach Hause schlichen. Bier war anscheinend für manche Grundnahrungsmittel.

Harald Hauswald hat in die Krater der Ost-Berliner Häuser-Seele geschaut, Lutz Rathenow dem Volk aufs Maul. In kurzen knappen Aussagen mit Witz, teils böser Ironie gibt er wieder, wie sich die Berliner Szene verbal gegen „Oben“ absetzte. Man haute schon mal Sprüche raus, die gerade so noch ungefährlich schienen, beispielsweise den zynischen Text zum Qualm und Gestank aus Schornsteinen

und Zweitaktmotoren: „Die Nase, den Düften entwöhnt, braucht den Gestank. Du fühlst dich wohl im Smog, Waldspaziergänge verursachen Kopfschmerzen.“ Die gut vernetzte, politisch ambitionierte Subkultur probte ständig den Aufstand in Wohnzimmern, Kirchen, Kneipen, auf der Straße. Hauswald lichtete zerfallene Häuser, chaotische Hinterhöfe ab, alles grau und verwahrlost wirkend, Kinder, die dazwischen spielten, Punks, die sich darin versammelten, reparaturbedürftige Straßen und lethargisch dreinschauende Menschen, als Kontrast Spruchbänder mit markigen Sprüchen. Diese gewollte sozialistische Vorzeigemetropole vergammelte in Wahrheit tagtäglich hinter den Kulissen, die Abrißbirne lauerte.

Das Buch mit den Fotos einer Stadt, die sich heute ganz anders zeigt, berührt! Beim Betrachten der schwarz-weiß Bilder kommen Gedanken auf, wie es wohl aus-

sähe in diesem Berlin, in dieser DDR – „der größten der Welt“ (Ilko-Sascha Kowalczuk) – wenn nicht die Mauer gefallen wäre? Ronald Reagan hatte Gorbatschow 1987 aufgefordert, die Mauer einzureißen: „Tear down this wall!“ 1989 hatte es das Volk geschafft. Nun ist Ost-Berlin wieder „Auferstanden aus Ruinen“!

Sybille Krägel



.....
Harald Hauswald, Lutz Rathenow: Ost-Berlin. Leben vor dem Mauerfall – Life before the Wall fell, deutsch-englisch, Fotos: Harald Hauswald, Texte: Lutz Rathenow, Einleitung: Ilko-Sascha Kowalczuk, Jaron Verlag 2014, 6. erw. Aufl., € 14,95
.....

Buchtip

„Und die hatten dann irgendwie meinen Willen gebrochen.“

Haftregime & Vernehmungspraxis in der MfS-U-Haft Bautzner Straße Dresden 1953–1989

Lokalstudie anhand bisher nicht veröffentlichter Häftlingsinterviews

Von Heiko Neumann

Bezug über E-Mail info@bautzner-strasse-dresden.de oder Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden, Bautzner Str. 112a, 01099 Dresden



Wirklich zwangsvereinigt?

Die Beiträge des vorliegenden Tagungsbandes verstehen den Zusammenschluß von KPD und SPD 1946 in der Ostzone als nur durch Verhaftungen, Terror und Druck gegen die dortigen Sozialdemokraten zustande gekommen und rechtfertigen

völlig den Kampfbegriff „Zwangsvereinigung“, den der damalige westdeutsche SPD-Führer Kurt Schumacher in der Atmosphäre des Kalten Krieges prägte. Leider mangelt es dabei an konkreten Beispielen. Ohnehin ist nur die Hälfte der Publikation dem Thema gewidmet, zumeist wird die spätere Entwicklung der SED dargelegt.

Primär stützen sich die Autoren auf eine Urabstimmung der Sozialdemokraten West-Berlins am 31.3.1946 mit „einer deutlichen

Mehrheit gegen den Zusammenschluß“ von SPD und KPD. Indes ist dies ein völlig falsches Bild. Denn es ging dabei um eine sofortige Vereinigung. Wie so oft wird verschwiegen, daß über 62 Prozent ein Bündnis mit den Kommunisten durchaus bejahten. Lediglich 23,4 Prozent der SPD-Mitglieder lehnten jede Verbindung mit der KPD ab.

Es habe keine Urabstimmung über die Vereinigung gegeben, heißt es. Daß diese

auch durch die eigene Partei verhindert wurde, bleibt ungesagt. Jene angebliche Zwangsvereinigung 1946 dann stelle den Beginn der Verfolgungen in der SBZ dar – auch das ist falsch, denn bereits Ende 1945 hatte die Sowjetische Besatzungsmacht den Vorstand der Ostzonen-CDU abgesetzt.

Daß es beim Zusammenschluß keineswegs selten Druck und Terror durch die Sowjets sowie die KPD gab und nicht wenige Sozialdemokraten durch berufliche Verbesserungen korrumpiert wurden, ist unbestritten. Der Leser erfährt von „mehreren Verhaftungen“ in Mecklenburg-Vorpommern, doch kann auch dieses Buch nur wenige Namen aufführen. Die meisten Verurteilungen dürften erst nach dem April 1946 erfolgt sein im Zuge der „Parteisäuberungen“ und durch Fahrlässigkeiten des SPD-Ostbüros. In den Westen geflohen scheinen nur sehr wenige SPD-Funktionäre zu sein, bekannt ist lediglich der Fall Gustav Dahrendorf, anfangs der „glühendste Verfechter“ einer Einheitspartei.

Völlig unverständlich erscheinen an drei Stellen des Buches Formulierungen wie „Phase des Aufbruchs vom Frühjahr 1945“, vom Finden eines neuen Verhältnisses zu Kommunisten im „Frühjahr 1945“ oder gar, im „April 1945“ hätten nur noch wenige Sozialdemokraten an einer Parteivereinigung festgehalten. In Wahrheit wurde damals noch an der Front gekämpft, der II. Weltkrieg endete erst am 8. Mai 1945.

Zur Entschuldigung muß man nachsehen, daß fast alle Autoren aus dem sicheren West-Deutschland stammen. Nur zwei wurden im Osten geboren, sind aber zu jung, um jene „Zwangsvereinigung“ wirklich miterlebt zu haben. Unrichtig ist die Behauptung, man könne heute „keine Zeitzeugen mehr zu Wort kommen lassen“. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß sie mit ihrer kritischen Haltung direkt unerwünscht waren.

Um einen objektiven Eindruck der Tagung mit den etlichen Referenten zu erwecken, hätte dieser 20. Bundeskongreß der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen zumindest auf die nicht wenigen Gegenargumente eingehen sollen. Wolfgang Leonhardt, Teilnehmer am damaligen Vereinigungsparteitag, erinnert in seinem



Konferenz der Landesbeauftragten u. Bundesstiftung Aufarbeitung (Hg.): *Zwangsvereinigung, Tagungsband*, Schwerin 2016, 204 Seiten, kostenfrei zu beziehen über: LStU M-V, Bleicherufer 7, 19053 Schwerin

Wieviel Zeitung verträgt der Mensch?

FAZ, Tagesspiegel, Süddeutsche Zeitung, Frankfurter Rundschau, BILD, taz, Die Zeit, Spiegel, Focus, Stern, Metzinger-Urach Volksblatt...

Man kann nicht alle lesen – aber den „Wochenrückblick“-online bestellen.

Dieser Informationsdienst bietet mit kurzen Texten und Links zu vollständigen Zeitungsberichten die News der vergangenen Woche, rund um das Thema Aufarbeitung. Er wird als E-Mail verschickt und ist zu bestellen unter uokg-wochenrueckblick@gmx.de.

Veranstaltungen

tische Bildung u.a.; Ort: Staatsarchiv Chemnitz, Veranstaltungssaal, Elsass-Str. 8, 09120 Chemnitz; Anmeldung erforderlich unter E-Mail info.chemnitz@bstu.bund.de

27.4. (Do), 17.00 Uhr:

Die Stasi in Dresden, Rundgang durch die ehemalige MfS Untersuchungshaftanstalt in der Bautzner Straße; Veranstaltung d. Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden; Ort: Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden, Bautzner Str. 112a, 01099 Dresden

27.4. (Do), 18.15 Uhr:

Ehemalige hauptamtliche MfS-Mitarbeiter als Zeitzeugen? Zum Stellenwert ihrer autobiographischen Erzählungen für die wissenschaftliche Forschung, Ref. Dr. Uwe Krähnke, Universität Bielefeld; Kolloquium d. BSTU; Ort: BSTU, Besucherforum/Foyer Haus 31, Erdgeschoß, Karl-Liebknecht-Str. 31/33, 10178 Berlin

2.5. (Di), 18.00 Uhr:

Ein Traum in Erdbeerfolie. Die Mode- und Überlebenskünstler Ostberlins, Marc Wilms, Regisseur, zeigt seinen Berlinale-Dokumentarfilm von 2009 (89 Min.); Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

2.5. (Di), 18.00 Uhr:

Zwischen Leere und Aufbruch. Umbau Ost und demokratischer Wandel, Gesprächsrunde; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a. in der Reihe „Deutschland 2.0 – Die DDR im vereinigten Deutschland“; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

6.5. (Sa), 18.00 Uhr:

„Zeig Dich. Geheimes sichtbar machen“, Museumsnacht bis 7.5. (So), 01.00 Uhr; Veranstaltung d. Kulturamts der Stadt Leipzig u.a.; Ort: BSTU Außenstelle Halle/Saale, Blücherstr. 2, 06122 Halle/S.

9.5. (Di), 19.00 Uhr:

„Freiheit heißt, die Angst verlieren“. Verweigerung und Widerstand in der DDR in der Region Stralsund, Vortrag u. Gespräch mit Dr. Christian Halbrock, BSTU; Veranstaltung d. BSTU Außenstelle Rostock u.a.; Ort: Kreisvolkshochschule Vorpommern-Rügen, Geschäftsstelle Stralsund, Tribseer Damm 76, 18437 Stralsund

16.5. (Di), 10.00–18.00 Uhr:

Bürgerberatung; 16.30 Uhr: **Zwangs-doping im DDR-Sport in Spiegel der Stasi-Akten**, Vortrag v. Thomas Purschke, Journalist; Veranstaltung d. BSTU Außenstelle Erfurt u.a.; Ort: Stadtverwaltung Weimar, Marie-Juchacz-Saal, Schwanseest. 17, 99423 Weimar



16.5. (Di), 18.00 Uhr:

Ferienfreizeit mit Spiel, Sport und Abenteuer. Kinder- und Jugendsozialtourismus, das Betriebsferienlager in der DDR und ihre Vorläufer, Autor Thomas Schmalfuß präsentiert sein Buch zur Buchpremiere des OEZ Berlin Verlages; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

17.5. (Mi), 18.15 Uhr:

„Tödliche Flucht. Die bulgarische Grenze, DDR-Flüchtlinge und die Zusammenarbeit von MfS und bulgarischer Staatssicherheit“, Ref. Dr. Christopher Nehring, Deutsches Spionagemuseum Berlin; Kolloquium d. BStU; Ort: Besucherforum/Foyer, Haus 31, Erdgeschoß, Karl-Liebknecht-Str. 31/33, 10178 Berlin

18.5. (Do), 19.00 Uhr:

Geheimdienstkrieg in Deutschland. Die Konfrontation von DDR-Staatsicherheit und Organisation Gehlen 1953, Buchvorstellung und Diskussion mit Prof. Dr. Daniela Münkler, BStU, u. Dr. Elke Stadelmann-Wenz, BStU, Mod. Jochen Schmidt, LpB MV; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Schwerin u.a.; Ort: Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern, Jägerweg 2, 19053 Schwerin

20.5. (Sa), ab 18.00 Uhr:

Im Rahmen der „18. Chemnitzer Museumsnacht“ öffnet der **Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis e.V.** wieder die Tore des ehemaligen Gefängnisses. Besichtigung des neu entstandenen Gedenkortes, Führungen mit Zeitzeugen u. Gästebetreuern, Musik, Filme und Ausstellungen; Ort: Kaßberg-Gefängnis, Kaßbergstr. 17, 09112 Chemnitz

20.5. (Sa), 18.00 Uhr:

„Stasi vor der Tür. Die Methoden der DDR-Geheimpolizei im Bezirk Karl-Marx-Stadt“, Museumsnacht, Ende 21.5. (So), 01.00 Uhr, Ref. Bernd Florath, BStU, Kim Pickenhain, Zeitzeugin, Wolfram Liebing, Zeitzeuge; Veranstaltung d. Kulturbüros der Stadt Chemnitz u.a.; Ort: BStU Außenstelle Chemnitz, Jagdschänkenstr. 52, 09117 Chemnitz

21.5. (So), 11.00–17.00 Uhr:

Besuchertag „Unterwegs im Stasi-Gefängnis.“, 15.00 Uhr: **Atemlos. Erlebnisse eines Brandenburger Arztes**, Vortrag v. Dr. Karl-Ludwig von Klitzing, Mod. Martina Breitmoser, BStU; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Frankfurt/Oder; Ort: Gedenk- und Dokumentationsstätte „Opfer politischer Gewaltherrschaft“, Collegienstr. 10, 15230 Frankfurt/O.

bekannten Buch an die „echte spontane Begeisterung der Delegierten“, den Kampfbegriff von der „Zwangsvereinigung“ wollte er zumindest abschwächen. Auch der letzte DDR-Finanzminister Walter Romberg lehnte die Formulierung in dieser Form ab. Ähnlich erachtet sie der DDR-Experte Prof. Manfred Wilke als „unzureichend“.

Die überaus sorgfältige Forschungsarbeit der „Deutschen Welle“ mit Hunderten Quellen aus jener Zeit wird völlig vernachlässigt. Der Rezensent selber hat als wißbegieriger Zuschauer den Vereinigungsparteitag in Mecklenburg-Vorpommern im Staatstheater Schwerin miterlebt und nur begeisterte, fanatisch-optimistische Gesichter gesehen.

Selbst der SPD-nahe Klaus Schwabe, der sich nach 1989 in Mecklenburg-Vorpommern mit der Thematik auseinandersetzte, sieht im Gegensatz zu all den Autoren des Bandes nicht nur Zwang und Terror, die zum Zusammenschluß der beiden Parteien führten, sondern auch ehrlichen Wunsch nach Vereinigung bei vielen Sozialdemokraten. Entschuldigung will er aber jenen SPD-Mitgliedern ein „Recht auf Irrtum zubilligen“ und spricht vom „Unvermögen“ nicht weniger, „die tiefen Zusammenhänge zu sehen“.

Ein wahrer Einpeitscher der Vereinigung in Mecklenburg-Vorpommern war bereits im Juni 1945 das Mitglied des SPD-Landesvorstandes Carl Moltmann. Dennoch, seltsamerweise ehrt ihn das SPD-regierte Schwerin mit einem Straßennamen.

Man muß den Autoren schon den Vorwurf machen zu verschweigen, daß nämlich selbst in den damaligen Westzonen die Einheitspartei auf Resonanz stieß. Der SPD-Führer Erich Gniffke berichtet in seinem Buch „Jahre mit Ulbricht“, nahezu 400 000 Westzonen-Bewohner seien sogleich bereit gewesen, eine Mitgliedschaft in der SED zu erwerben.

Die KPD West-Deutschlands zählte 1946 nur 160 000 Mitglieder. Das bedeutet andererseits: 240 000 Sozialdemokraten traten im freien Westen in freier Selbstbestimmung trotz all des behaupteten Zwangs und Terrors gegen ihre Mit-Genossen im anderen Teil Deutschlands für einen Zusammenschluß mit den Kommunisten ein. Das alles uneingeschränkt eine „Zwangsvereinigung“ nennen zu wollen, grenzt an Zumutung.

Friedrich-Wilhelm Schlomann

Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im Mai Geburtstag haben

Fritz Schubert am 2. Mai, Reinhard Nedlitz am 4. Mai, Gisela Fritzsche am 6. Mai, Emil Kort am 10. Mai, Joachim Fischer am 12. Mai, Käthe Zemke am 14. Mai, Heinz Borkenhagen am 16. Mai, Bernd Guter-muth, Wolfgang Stieber, Leo Zwirschke am 22. Mai, Peter Schnurer am 26. Mai, Siegfried Jahnke, Günter Polster am 27. Mai, Manfred Dominka, Christa Matuszewsky am 28. Mai, Ursula Palmer am 30. Mai, Harald Kothe am 31. Mai

Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag haben, gratuliert herzlich

die Redaktion

Umzug?

Dann vergessen Sie bitte nicht, an die Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Ihre neue Adresse zu schicken. So lassen sich Lieferausfälle vermeiden.

UOKG-Beratungsstelle

Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin
Fax (030) 55 77 93 40

Benjamin Baumgart, Jurist
Mo–Fr, 10.30–12.30 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 53
E-Mail baumgart@uokg.de

Rebecka Andersson, soziale Beratung
Mo–Fr, 14–16 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 52
E-Mail andersson@uokg.de

Katrin Behr (Thema DDR-Zwangsadoption),
Mo–Fr, 10–12 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 54
E-Mail behr@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird die telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin
Tel. (030) 55 49 63 34
Fax (030) 55 49 63 35
E-Mail bsv-beratung@gmx.de

Elke Weise, Juristin
Di 11–18 Uhr, Mi u. Do 11–16 Uhr
Marleen Puchert

Für persönliche Beratungen wird telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet haben

Jakob Bittermann, Helmuth Beuermann-Winkelbach, Klaus Bohlken, Gerold von Busse, Dr. Karl-Heinrich Ebel, Dr. Manuela Eickenroth, Dr. Wolf Erler, Anneliese Gabel, Kurt Große, Gisela Großmann, Horst Gutmann, Manfred Hofmann, Günter Hölzer, Eva Irmsch, Horst Jungsbluth, Waltraut Kindermann, Grete Klemt, Christa Kossatz, Dr. Detlef Krastel, Kurt Kugler, Ingeborg Kuhne, Johanna Löffler-von Saal, Hella Meissner, Peter Menzel, Rudolf Miekley, Klaus Muder, Ulrich Opperskalski, Volker Pilz, Eike Christine Radewahn, Günter Raschke, Siegfried Rau, Rainer Schmiedel, Axel Schonder, Rolf Schröder, Fritz Schüler, Barbara Simon, Manfred Smala, Dr. Hans-Joachim Springer, Herbert Stephan, Michael Teltz, Christoph Wesselhöft, Vera Wilhelm, Herbert Winter, Karl Wruck, Wolfgang Zimmermann

Stacheldraht-Konto: BSV Förderverein
Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48
Berliner Bank AG
IBAN: DE58 1007 0848 0665 5245 01
BIC: DEUT DE DB110

Verwendungszweck:
„Stacheldraht-Spende“

Das Zitat

In den Abgründen des Unrechts
findest du immer die größte Sorgfalt
für den Schein des Rechts

Johann Heinrich Pestalozzi

Bund der Stalinistisch Verfolgten e.V. (BSV) LV Berlin-Brandenburg

Vorsitzender: Viktor Gorynia
Sprechzeiten: Mi 11–17 Uhr
BSV-Förderverein für Beratungen
Geschäftsstelle: Ruschestraße 103, Haus 1
10365 Berlin
Telefon (030) 55 49 63 34
Fax (030) 55 49 63 35
E-Mail: bsv-beratung@gmx.de
Konto: BSV-Förderverein
Berliner Bank AG, BLZ 100 708 48
Nr. 665 52 45 00
IBAN DE85 1007 0848 0665 5245 00
BIC DEUT DE DB110

Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)

Vorstandsbeauftragter:
Dr. Christian Fuchs
Tel. (030) 55 77 93 51, Fax –40
Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 19
Ruschestraße 103, Haus 1
10365 Berlin
Internet: www.uokg.de
E-Mail: Info@uokg.de
UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728,
Deutsche Bank, BLZ 100 700 24
IBAN DE79 1007 0024 0734 2728 00
BIC DEUTDE33HAN

Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin
PVSt., Deutsche Post AG, Entgelt bezahlt
13017#000#0412

Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

Redaktion: Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31, E-Mail: der-stacheldraht@web.de
Konto für Abo und Spenden: BSV-Förderverein, Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01, BIC DEUT DE DB110

BUNDESSTIFTUNG AUFARBEITUNG  Gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Herstellung: Satzherstellung Neymanns, Föttinger Zeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24, E-Mail: neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com

Verkaufspreis 1,- Euro
Auflagenhöhe 10 000

Bezug über die Redaktion
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.
Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 24. März 2017

